

Landtag von Baden-Württemberg

87. Sitzung 14. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 10. Februar 2010 • Haus des Landtags

Beginn: 10:05 Uhr Mittagspause: 10:51 bis 14:14 Uhr Schluss: 16:10 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten	6227	3. Dritte Beratung des Gesetzentwurfs der Landes-	
Verabschiedung des Ministerpräsidenten Günther Oettinger und Glückwünsche zu dessen Wahl zum EU-Kommissar		regierung – Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2010/11 (Staatshaushaltsgesetz 2010/11 – StHG 2010/11) – Drucksachen 14/5816, 14/5817	6220
Begrüßung des Ministerpräsidenten a. D. Lothar Späth		Abg. Klaus Herrmann CDU	
Begrüßung des Ministerpräsidenten a. D. Erwin Teufel		Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE (Kurzintervention)	6230 6234
Begrüßung des Präsidenten des Staatsgerichtshofs Eberhard Stilz		Abg. Eugen Schlachter GRÜNE Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP Minister Willi Stächele. 6243,	6240
Eintritt des Abg. Albrecht Fischer.	6227	Abg. Dr. Nils Schmid SPD	6247
Glückwünsche zur Wahl des Abg. Peter Hauk zum Vorsitzenden der Fraktion der CDU		Abg. Klaus Herrmann CDU (persönliche Erklärung)	6250
Begrüßung von Vertretern der Israelitischen Religionsgemeinschaft Württembergs und der Israelitischen Religionsgemeinschaft Baden	6247	Beschluss	
Wahl des Ministerpräsidenten Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU. Abg. Stefan Mappus CDU.	6227	gierung – Gesetz zu dem Vertrag des Landes Baden-Württemberg mit der Israelitischen Re- ligionsgemeinschaft Baden und der Israeli- tischen Religionsgemeinschaft Württembergs – Drucksache 14/5725	6254
2. Vereidigung des Ministerpräsidenten	6228	Beschluss	6254
Ministernräsident Stefan Mannus	6228	Nächste Sitzung	6254

Protokoll

über die 87. Sitzung vom 10. Februar 2010

Beginn: 10:05 Uhr

Präsident Peter Straub: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 87. Sitzung des 14. Landtags von Baden-Württemberg und begrüße Sie.

Urlaub für heute habe ich Frau Abg. Rudolf erteilt.

Krankgemeldet ist Frau Abg. Mielich.

Dienstlich verhindert ist Frau Staatsrätin Professorin Dr. Hübner.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Oh! Das ist aber schade!)

Meine Damen und Herren, Herr Ministerpräsident Günther Oettinger hat mir am 9. Februar 2010 sein Rücktrittsschreiben übermittelt. Er hat Folgendes mitgeteilt:

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

gemäß Artikel 55 Abs. 1 der Landesverfassung erkläre ich meinen Rücktritt vom Amt des Ministerpräsidenten mit Ablauf des 9. Februar 2010.

Ich danke dem Hohen Haus für die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den von mir geführten Landesregierungen.

Mit freundlichen Grüßen Günther H. Oettinger

Das Europäische Parlament hat gestern, wie Sie wissen, die Mitglieder der neuen EU-Kommission bestätigt. Ich gratuliere Herrn Ministerpräsidenten Oettinger, den ich sehr herzlich begrüße, zu seiner Berufung als EU-Kommissar für Energie und wünsche ihm in seinem neuen Arbeitsfeld viel Erfolg.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei allen Fraktionen – Beifall auf der Zuhörertribüne)

Gemäß Artikel 55 der Landesverfassung sind mit dem Rücktritt des Ministerpräsidenten auch die Ämter der Minister und Staatssekretäre beendet. Die bisherigen Regierungsmitglieder führen bis zur Amtsübernahme der neuen Regierung die Geschäfte weiter.

Meine Damen und Herren, unter unseren zahlreichen Gästen auf der Zuhörertribüne, die ich herzlich begrüße, gilt mein besonderer Gruß dem früheren Ministerpräsidenten Lothar Späth. Erwin Teufel ist – wahrscheinlich witterungsbedingt – noch nicht anwesend. Herzlich willkommen!

(Beifall bei allen Fraktionen und auf der Zuhörertribüne)

Meine Damen und Herren, die Landeswahlleiterin hat mir mit Schreiben vom 2. Februar 2010 mitgeteilt, dass das Mandat des ausgeschiedenen Kollegen Günther Oettinger auf Herrn Albrecht Fischer übergegangen ist.

Er hat die Wahl angenommen und mit Wirkung vom 6. Februar 2010 die rechtliche Stellung eines Abgeordneten des 14. Landtags von Baden-Württemberg erworben.

Herr Kollege Fischer, ich begrüße Sie sehr herzlich und wünsche Ihnen für Ihre neue Aufgabe viel Erfolg.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

Wahl des Ministerpräsidenten

Meine Damen und Herren, nach Artikel 46 Abs. 1 der Verfassung des Landes Baden-Württemberg wird der Ministerpräsident vom Landtag mit der Mehrheit seiner Mitglieder ohne Aussprache in geheimer Abstimmung gewählt. Wählbar ist, wer zum Abgeordneten gewählt werden kann und das 35. Lebensjahr vollendet hat. Der Landtag hat 139 Mitglieder, sodass die Mehrheit im Sinne dieser Verfassungsbestimmung in Verbindung mit Artikel 92 der Landesverfassung 70 Stimmen ausmacht

Ich bitte um Vorschläge für die Wahl des Ministerpräsidenten.

Herr Abg. Dr. Scheffold.

Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Namens der CDU-Landtagsfraktion und der Fraktion der FDP/DVP schlagen wir den Kollegen Stefan Mappus für das Amt des Ministerpräsidenten vor.

Präsident Peter Straub: Danke. – Meine Damen und Herren, Sie haben den Vorschlag gehört. Werden weitere Vorschläge unterbreitet? – Das ist nicht der Fall. Dann treten wir in die Wahlhandlung ein.

Als Wahlkommission für die Entgegennahme der Stimmzettel und die Feststellung des Wahlergebnisses berufe ich Frau Abg. Heberer sowie die Herren Abg. Locherer, Lusche, Schlachter und Dr. Bullinger.

Meine Damen und Herren, die Landesverfassung bestimmt, dass der Ministerpräsident in geheimer Abstimmung zu wählen ist. Ich darf Sie daher bitten, die drei Telefonzellen auf der von mir aus gesehen rechten Seite des Plenarsaals als Wahlkabinen zu benutzen. Herr Abg. Lusche wird vom Rednerpult

(Präsident Peter Straub)

aus den Namensaufruf vornehmen. Bitte begeben Sie sich nach dem Aufruf Ihres Namens zu den Wahlkabinen. Sie erhalten dort am Tisch die Wahlunterlagen: Stimmzettel und Wahlumschlag. Füllen Sie bitte den Stimmzettel in der Wahlkabine aus, und werfen Sie ihn dann in die hier rechts aufgestellte Wahlurne.

Ein Mitglied der Wahlkommission bitte ich, in einer Namensliste festzuhalten, welche Abgeordneten gewählt haben.

Wer den von der CDU-Fraktion vorgeschlagenen Herrn Abg. Stefan Mappus zum Ministerpräsidenten wählen will, der muss diesen Namen auf den Stimmzettel schreiben. Sie sind an den Wahlvorschlag nicht gebunden; der Stimmzettel darf jedoch nur einen Namen enthalten. Nicht beschriebene Stimmzettel oder Stimmzettel, auf denen "Enthaltung" vermerkt ist, gelten als Stimmenthaltung. Auch Neinstimmen sind möglich. – Sie stimmen diesem Wahlverfahren zu. Es besteht kein Widerspruch. Dann wird so verfahren.

Ich darf Herrn Abg. Lusche bitten, den Namensaufruf vorzunehmen. Ich bitte, dies langsam zu tun, damit bei der Ausgabe der Stimmzettel vor den Wahlkabinen kein größerer Stau entsteht. Die Mitglieder der Wahlkommission bitte ich, am Schluss abzustimmen.

Bitte schön, Herr Abg. Lusche.

(Namensaufruf – Wahlhandlung)

Meine Damen und Herren, ist noch jemand im Saal, der nicht abgestimmt hat? – Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich die Wahlhandlung und darf die Wahlkommission bitten, das Ergebnis festzustellen.

Ich darf jetzt noch den früheren Ministerpräsidenten Erwin Teufel recht herzlich begrüßen, ebenso den Präsidenten des Staatsgerichtshofs, Herrn Eberhard Stilz.

(Beifall bei allen Fraktionen und auf der Zuhörertribüne – Auszählen der Stimmen)

Meine Damen und Herren, das Ergebnis der Wahl des Ministerpräsidenten liegt nunmehr vor.

An der Wahl haben sich 137 Abgeordnete beteiligt.

Für Herrn Abg. Stefan Mappus wurden 83 Stimmen abgegeben.

(Die Abgeordneten der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP spenden stehend anhaltenden lebhaften Beifall. – Abg. Stefan Mappus CDU nimmt Glückwünsche entgegen.)

Ich darf noch das weitere Ergebnis bekannt geben.

Mit Nein haben 51 Abgeordnete gestimmt. Ein Abgeordneter hat sich der Stimme enthalten. Auf andere Namen entfielen zwei Stimmen.

Herr Abg. Stefan Mappus ist damit mit der Mehrheit der Mitglieder des Landtags zum Ministerpräsidenten des Landes Baden-Württemberg gewählt worden.

Herr Abg. Mappus, ich darf Sie fragen, ob Sie die Wahl annehmen.

Abg. Stefan Mappus CDU: Herr Präsident, ich nehme die Wahl an und freue mich sehr über das Vertrauen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Präsident Peter Straub: Ich danke Ihnen und beglückwünsche Sie.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Ministerpräsident Stefan Mappus nimmt Glückwünsche entgegen.)

Meine Damen und Herren, ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

Vereidigung des Ministerpräsidenten

Nach Artikel 48 der Verfassung des Landes Baden-Württemberg leisten die Mitglieder der Landesregierung beim Amtsantritt den Amtseid vor dem Landtag. Ich darf nun Sie, Herr Ministerpräsident, bitten, zu mir zu kommen.

(Die Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen.)

Der Amtseid lautet:

Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Wohle des Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, Verfassung und Recht wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe.

Der Eid kann auch ohne religiöse Beteuerung geleistet werden.

Herr Ministerpräsident, Sie haben die Eidesformel gehört. Ich darf Sie bitten, die rechte Hand zu erheben und zu sprechen: "Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe."

Ministerpräsident Stefan Mappus: Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.

Präsident Peter Straub: Vielen Dank. Ich beglückwünsche Sie nochmals sehr herzlich zu Ihrem hohen Amt und wünsche Ihnen viel Erfolg und Gottes Segen.

Ministerpräsident Stefan Mappus: Vielen Dank.

(Die Abgeordneten der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP spenden stehend anhaltenden lebhaften Beifall.)

Präsident Peter Straub: Meine Damen und Herren, ich unterbreche nunmehr die Sitzung. Sie wird spätestens um 14:30 Uhr fortgesetzt.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Einladung kommt später?)

Ich darf Sie bitten, sich ab 14:00 Uhr bereitzuhalten.

(Unterbrechung der Sitzung: 10:51 Uhr)

*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 14:14 Uhr)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir setzen die unterbrochene Sitzung fort. Ich darf Sie bitten, Platz zu nehmen.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, darf ich zwei landespolitischen Redakteuren des Südwestrundfunks, die schon lange hier bei uns sind, zum Geburtstag gratulieren, nämlich Christoph Zehendner und Ralf Heineken. Recht herzlichen Glückwunsch! Sie haben beide am selben Tag Geburtstag.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

Dritte Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2010/11 (Staatshaushaltsgesetz 2010/11 – StHG 2010/11) – Drucksachen 14/5816, 14/5817

Liebe Kolleginnen und Kollegen, für die Dritte Beratung des Haushalts 2010/2011 hat das Präsidium eine Redezeit von 15 Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

In der Allgemeinen Aussprache erteile ich Herrn Abg. Herrmann für die CDU-Fraktion das Wort.

Abg. Klaus Herrmann CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die aktuelle Konjunkturkrise mit ihren Umsatz- und Nachfrageeinbrüchen dürfte wohl den Tiefpunkt erreicht haben. Das Jahr 2010 lässt auf neues Wachstum hoffen. Trotzdem ist in vielen Branchen und Unternehmen die Lage nach wie vor angespannt. Aber wichtige Vorzeichen der Wirtschaft drehen sich wieder von Minus auf Plus.

Der Doppelhaushalt, den wir heute verabschieden, wird in einer Ausnahmesituation verabschiedet. Er dient der Konjunkturbelebung; er ist ein Haushalt des Krisenmanagements. Es wird sich zeigen, meine Damen und Herren: Wir waren besonders hart von der Abwärtsbewegung betroffen. Wir werden auch von der wieder einsetzenden Belebung besonders profitieren, und zwar schneller, als das bei anderen der Fall sein wird.

Auf diesem Weg in die Zukunft hat die Wirtschaft in unserem Land die volle Unterstützung der Landespolitik. Mit unserer weltweit konkurrenzlosen Forschungslandschaft, mit unseren Exzellenzuniversitäten, mit unserer unvergleichlichen Patent-dichte können wir Vertrauen in die Zukunft Baden-Württembergs haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Mit Innovation und Ideen begegnet man Krisen am besten. Keine Region hat so viele Ideen zu bieten wie unser Land.

(Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Gleichzeitig erweist sich auch, dass unsere Konjunkturpolitik greift. Mit unseren Infrastrukturprogrammen und mit den massiv ausgeweiteten Landesbürgschaften haben wir vielen Unternehmen im Tiefpunkt der Krise wertvolle Überbrückungshilfe leisten können. In Baden-Württemberg sind die Förder-

gelder aus den Konjunkturprogrammen schnell, effektiv, flächendeckend und unbürokratisch abgeflossen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es! Jawohl! – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Jawohl!)

Zusammen mit den Steuerbeschlüssen des Bundes und der verbesserten Kurzarbeiterregelung ist damit in Baden-Württemberg ein starkes Strategiebündel des politischen Krisenmanagements entstanden, das viel zur Sicherung von ökonomischer Substanz und zur Sicherung von Beschäftigung im Land beigetragen hat.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Jawohl!)

Es ist keine Frage: In jedem einzelnen Fall ist es bitter, wenn Arbeitsplätze verloren gehen. Wir sind aber umso dankbarer, dass sich der Arbeitsmarkt bei uns trotz der beispiellosen Krisenentwicklung robust und stabil gezeigt hat. Hier gilt ein besonderer Dank auch den Unternehmen in unserem Land.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Ich habe eben schon gesagt: Der Haushalt, den wir heute verabschieden, ist ein Haushalt des Krisenmanagements.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Mehr Krise als Management! – Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜ-NE)

Die wesentlichen Kennzahlen veranschaulichen das. Wir haben deutlich eingebrochene Steuereinnahmen. Wir müssen in diesem und im nächsten Jahr auch Schulden aufnehmen. Gleichwohl – das ist eben auch bemerkenswert; wir sind ja nicht allein in Europa und auf der Welt – stehen wir 2010 und 2011 deutlich besser da als viele andere. Wir nutzen die Krise nicht wie andere als Persilschein für eine haltlose weitere Verschuldungspolitik.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Sehr richtig!)

Unser Haushalt bleibt in den Grenzen der Landesverfassung, obwohl die Gesamtwirtschaft durch die Schockwirkung der Krise empfindlich aus dem Gleichgewicht geraten ist. Wir hatten im letzten Jahr bundesweit einen Rückgang des Bruttoinlandsprodukts um 5 %, in Baden-Württemberg um 8 %. Unsere Wirtschaft ist von der Krise stärker betroffen, als dies in anderen Ländern der Fall ist, und trotzdem nimmt Baden-Württemberg pro Kopf der Bevölkerung weit weniger Kredite auf als etwa Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen oder Rheinland-Pfalz. Ich will vom rot-grün regierten Bremen gar nicht reden, das in diesem Jahr ein Viertel des gesamten Haushalts aus neuen Schulden und einen erheblichen Teil aus dem Länderfinanzausgleich finanziert.

(Zurufe von der SPD)

Interessant ist auch, dass in diesem Jahr die Nettokreditaufnahme im Haushalt des Landes Baden-Württemberg fast auf den Euro genauso hoch ist

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

wie der Betrag, den wir zuletzt in den Länderfinanzausgleich mit den unterschiedlichen Facetten einbezahlt haben. Mit anderen Worten: Wenn alle so gut wirtschaften und haushalten würden wie wir,

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Ojemine!)

könnten wir sogar in der größten Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit einen Haushalt ohne Aufnahme neuer Schulden vorlegen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/ DVP – Zuruf von der CDU: Sehr gut!)

Es ist schon eigenartig, wenn sich andere Länder wie Berlin und Rheinland-Pfalz den Luxus gebührenfreier Hochschulen, kostenloser Kindergärten und anderes leisten und dafür Geld aus Baden-Württemberg bekommen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl! – Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Deshalb bin ich dem neuen Ministerpräsidenten Stefan Mappus außerordentlich dankbar, dass er zusammen mit Bayern – auch wenn es Herrn Kretschmann nicht gefällt – das Thema Länderfinanzausgleich weiter auf die Tagesordnung bringt. Hier muss etwas geändert werden.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Jawohl!)

Die Starken dürfen nicht geschwächt und die Schwachen nicht prämiert werden,

(Zuruf des Abg. Stephan Braun SPD)

sondern die Starken müssen den Schwachen helfen, dürfen dabei aber nicht so geschwächt werden, wie das beim bisherigen Länderfinanzausgleich der Fall ist.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf von der CDU: Jawohl! – Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE meldet sich. – Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Kurzintervention! – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Abg. Herrmann, gestatten Sie eine Kurzintervention des Herrn Abg. Kretschmann?

Abg. Klaus Herrmann CDU: Gern. Aber das, was er dazu zu sagen hat, kennen wir schon.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Ausgerechnet der Herrmann!)

Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Das Richtige muss man immer wieder wiederholen, Herr Kollege.

Herr Kollege, Sie haben mich falsch zitiert. Ich bin nicht dagegen, dass wir den Länderfinanzausgleich ändern. Ich bin nur dagegen, dass Sie hier nur starke Worte finden, aber nachher nichts dabei herauskommt, nicht einmal die kleinste und schwächste Tat. Darum geht es.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Wo ist die Frage?)

Darum sind es nur populistische Parolen, die Sie hier verfassen.

(Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Setzen!)

Wie wollen Sie das bitte erreichen? Worin liegt Ihre Strategie? Wie wollen Sie oder Ihr neuer Ministerpräsident das, was Sie erreichen wollen, umsetzen?

(Beifall bei den Grünen – Abg. Thomas Blenke CDU: Was ist das jetzt? Was war der Inhalt dieser Aussage?)

Abg. Klaus Herrmann CDU: Herr Kretschmann, das ist ganz einfach:

(Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE: Einfach ist gar nichts!)

Uns ist sehr wohl bekannt, dass der Finanzausgleich noch Jahre gilt

(Zurufe von den Grünen: Aha!)

und dass er nur mit Mehrheit geändert werden kann.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Aha!)

Nur – das ist der entscheidende Punkt –: Wir müssen uns Jahr für Jahr sehr genau die Wirkungen anschauen. Wenn ein Land nach der Wirtschaftskraft vor dem Finanzausgleich an erster, zweiter oder dritter Stelle liegt und nach dem Finanzausgleich an 14., 15. oder 16. Stelle, und das mehrere Jahre hintereinander,

(Abg. Reinhold Gall SPD: Aber ihr habt es so beschlossen!)

dann ist zu überlegen, ob der ursprüngliche Sinn noch erreicht wird.

(Zuruf des Abg. Stephan Braun SPD)

Dann ist es auch möglich, eine grundsätzliche Diskussion über eine Neuausrichtung ins Gespräch zu bringen. Das wollen wir tun, und das halte ich für richtig.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zurufe von der CDU: Sehr gut! – Richtig! – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Jawohl! – Zuruf des Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE – Abg. Norbert Zeller SPD: Was tun Sie, Herr Herrmann?)

Ein weiterer wichtiger Punkt des Krisenmanagements ist die Steuerpolitik. Das Wachstumsbeschleunigungsgesetz hat die Unternehmensbesteuerung und die Erbschaftsteuer richtigerweise um ihre krisenverschärfenden Elemente bereinigt.

(Beifall des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

Das nützt gerade auch den vielen Tausend mittelständischen Unternehmen in Baden-Württemberg. Wir können es uns nicht leisten, dass sie in der Krise durch eine Substanzbesteuerung zusätzlich belastet werden. Die alte Rechtslage hätte auch bedeutet, dass ein Firmenerbe demnächst Erbschaftsteuer nachzahlen muss, wenn er kurzarbeiten lässt, um die Arbeitsplät-

ze im Unternehmen zu sichern. Das wurde jetzt geändert. Deshalb hat das Wachstumsbeschleunigungsgesetz in diesem Punkt überhaupt nichts mit Steuergeschenken zu tun.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP – Abg. Ursula Haußmann SPD: Ojemine!)

Die Praktiker und Experten haben uns einheitlich geraten, neue Spielräume für Investitionen zu schaffen und Planungssicherheit für unternehmerische Entscheidungen zu gewährleisten.

(Zurufe von der SPD)

Die Millionen Leistungsträger in der Mitte unserer Gesellschaft müssen spüren, dass sich ihr tagtägliches Engagement am Arbeitsplatz und in der Familie für sie auszahlt. Deshalb war es richtig und notwendig, in die Beseitigung der kalten Progression einzusteigen.

(Zuruf von der CDU: Sehr gut!)

Die SPD hat das in der Großen Koalition immer mitgetragen. Sie hat den Korrekturen im Steuertarif und der Erhöhung der Freibeträge im Konjunkturpaket II zugestimmt. Das wird jetzt wirksam.

Meine Damen und Herren, es zeigt sich, dass den Millionen von Durchschnittsverdienern in unserem Land

(Abg. Walter Heiler SPD: Es wird alles gut!)

durch die Politik der Bundesregierung, durch die Politik der Koalition von CDU und FDP geholfen wird. Wir lösen nicht nur die Probleme von Banken und Konzernen,

(Zuruf der Abg. Katrin Altpeter SPD)

sondern wir lösen auch die Probleme der vielen Durchschnittsverdiener in unserem Land.

(Zurufe von der SPD)

Wir müssen allerdings auch den Landeshaushalt durch neue Schulden belasten. Die Einnahmeausfälle – darauf wurde bereits in den Haushaltsberatungen hingewiesen –, die durch das Wachstumsbeschleunigungsgesetz im Land entstehen, werden zur Hälfte durch Neuverschuldung gegenfinanziert und zur anderen Hälfte durch die von uns erwarteten Steuereinnahmen durch das Anspringen der Konjunktur.

Hierzu richte ich auch ein offenes Wort an unseren Koalitionspartner: Weitere Steuersenkungen sind sicherlich wünschenswert.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Notwendig!)

Ich sehe dafür allerdings derzeit keinen Spielraum.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wir sollten uns nicht mit Steuergeschenken überbieten, die nicht gegenfinanziert sind, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der SPD, der Grünen und der FDP/DVP)

Ich darf hierzu aus dem FDP-Deutschlandprogramm

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Sehr gut! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Lieber nicht!)

vor der Bundestagswahl – zitieren, in dem es heißt:

Sowohl eine Steuerstrukturreform als auch die Konsolidierung der Staatsfinanzen sind gleichwertige politische Ziele.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Jawohl!)

Ich habe allerdings derzeit bei einigen in der FDP eher den Eindruck, dass sie nur die eine Seite der Medaille sehen, nämlich die Steuerentlastung, und dass die andere Seite der Medaille, die Konsolidierung der Staatsfinanzen, bei ihnen zu wenig vorkommt.

(Beifall bei der CDU – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Gehen Sie einmal zum Augenarzt!)

Durch den starken Einfluss der CDU in dieser Koalition in Baden-Württemberg, durch unseren starken Einfluss bei den Haushaltsberatungen ist die Konsolidierung des Haushalts nicht vergessen worden. Wir als Union haben hier beides im Blick.

(Beifall bei der CDU)

Dann ein Wort zum Duo Schmiedel/Schmid: Was Sie, lieber Herr Kollege Schmiedel und lieber Herr Kollege Dr. Schmid, hier bei den Haushaltsberatungen vorgetragen haben, war schon etwas seltsam: Noch bei der letzten Haushaltsberatung hat die SPD-Fraktion Mehrausgaben in Höhe von über 600 Millionen € beantragt. Wo war denn da der Konsolidierungseifer? Auch jetzt fordern Sie Mehrausgaben.

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Und machen Gegenfinanzierungsvorschläge!)

Manchem würden wir durchaus zustimmen. Aber wenn wir uns Ihre Vorschläge zur Gegenfinanzierung anschauen, dann stellen wir fest, dass die Vorschläge entweder nicht zu verwirklichen, politisch falsch oder völlig heiße Luft sind.

(Abg. Thomas Knapp SPD: Haben Sie das mit dem Präsidenten abgestimmt? – Abg. Stephan Braun SPD: Hat der Präsident zugestimmt? – Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP – Zurufe von der SPD: "Politisch falsch"!)

Ich will nur einmal ein paar wenige Beispiele nennen: Ihre Einsparvorschläge mit einem Volumen von 33,7 Millionen € bei der Landwirtschaft würden eine völlige Zerschlagung der Landwirtschaftsstruktur in Baden-Württemberg bedeuten.

(Beifall bei der CDU)

Der Forderungsverkauf von Wohnungsbaudarlehen ist nur einmal machbar, erhöht aber die Deckungslücke in den Folgejahren. Sie wollen die Bewirtschaftungskosten um 59 Millionen € absenken, obwohl wir wissen, dass die Müllgebühren und die Gebühren für Wasser und Abwasser steigen werden,

dass mit höheren Preisen für Strom, Gas und Heizöl zu rechnen ist und die Grundsteuer erhöht wird;

(Abg. Reinhold Gall SPD: Warum? Wachstumsbeschleunigungsgesetz!)

das wurde in den Gemeinderäten von Ihnen mitbeschlossen. Hier wollen Sie die Kosten senken. Das sind doch Luftbuchungen, und die sind unseriös.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Sie wollen die Schuldendiensthilfe an die Flughafen Stuttgart GmbH streichen, obwohl die Verträge bis zum Jahr 2015 verbindlich laufen. Sie wollen bürgerferne Regionalkreise bilden, die dann anonyme Entscheidungen treffen.

(Unruhe)

Wir haben eine Verwaltungsreform gemacht, die sich in diesem Jahr im Haushalt mit einer Effizienzrendite von über 150 Millionen € niederschlägt. Das ist eine praktische Einsparung. Das ist seriöse Politik, aber nicht das, was die SPD vorschlägt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Dann tricksen Sie noch herum, indem Sie das letzte Kindergartenjahr gebührenfrei machen wollen, aber, man höre, erst ab Herbst 2011.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Wann wollen Sie denn ran?)

Da kostet das Ganze nur 35 Millionen €, und Sie müssen sich keine Gedanken darüber machen, wie man den Rest finanzieren soll.

(Zuruf des Abg. Stephan Braun SPD)

Oder: Sie schlagen die Abschaffung der Studiengebühren vor. Warum nicht gleich? Dann nämlich müssten Sie einen Deckungsvorschlag bringen. Den haben Sie nicht.

Deshalb kann ich nur sagen: Herr Schmiedel, von Ihnen ist man in der Vergangenheit keine seriöse Finanzpolitik gewöhnt.

(Abg. Hans-Martin Haller SPD: Ei, ei, ei!)

Aber dass Herr Schmid, der bisher als Saubermann der SPD-Finanzpolitik galt, jetzt auch mit solchen Dingen anfängt, das muss man hier einmal deutlich benennen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Solche Flegeleien hat man bisher nur von Mappus gehört! Das ist ja unglaublich!)

Herr Schmiedel und Herr Schmid, Sie arbeiten mit Tricks und mit Luftbuchungen und bringen unseriöse Gegenfinanzierungsvorschläge. Das findet nicht unsere Zustimmung.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Claus Schmiedel SPD: Was sollen denn diese Flegeleien? – Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Was ist denn mit Kies und Schotter? – Abg. Reinhold Gall SPD: Warum brüllen Sie hier eigentlich so herum, Herr Herrmann?)

- Herr Kollege Schmiedel, wenn Sie jetzt von "Flegelei" sprechen, dann sage ich Ihnen: Sie haben hier im Plenum zahlreiche Beispiele aus der Bildungspolitik genannt.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Es gibt noch jede Menge mehr!)

U. a. haben Sie auf die Schule in Hoheneck hingewiesen. Ich darf Ihnen einmal zitieren, was die "Ludwigsburger Kreiszeitung" schreibt:

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Wann hat die das geschrieben? – Zuruf des Abg. Peter Hofelich SPD)

Diese Information

- dass es keine Stellen gibt -

geht auf eine Presseerklärung der SPD zurück,

- von Ihnen -

in der behauptet wurde, dass eine in Mutterschutz gehende Lehrerin nicht mehr ersetzt werde. Diese Information ist, wie sich jetzt herausgestellt hat, falsch.

(Zurufe von der CDU: Falsch!)

Das schreibt die "Ludwigsburger Kreiszeitung", Herr Schmiedel.

Zweites Beispiel: Just zu dem Zeitpunkt, zu dem Sie hier die Situation im Wagenburg-Gymnasium in Stuttgart angesprochen haben, hat der Bezirkspersonalrat bereits entschieden, dass zwei Lehrerstellen für das Gymnasium bewilligt werden

(Abg. Reinhold Gall SPD: Der Bezirkspersonalrat hat doch gar nicht getagt! Unverschämt!)

Sie machen sich nicht kundig, sondern stellen hier nur irgendetwas dar, was sich schließlich als falsch erweist. Das ist nicht in Ordnung, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Abg. Herrmann, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Schmiedel?

Abg. Klaus Herrmann CDU: Aber selbstverständlich.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Herr Kollege Schmiedel.

Abg. Claus Schmiedel SPD: Herr Kollege Herrmann,

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Claus, meinst du, du bekommst eine ordentliche Antwort? Das glaube ich nicht!)

würden Sie bitte zur Kenntnis nehmen,

(Zuruf von der CDU: Ungeprüft nicht!)

dass ich im Gegensatz zu Ihnen reagiere, wenn sich Eltern an mich als Abgeordneten wenden,

(Zuruf des Abg. Jörg Döpper CDU)

(Claus Schmiedel)

und mich dann an das Kultusministerium wende und dass ich zu meiner Zufriedenheit feststelle, dass immer kurz danach, wenn ich mich an das Ministerium gewandt habe,

(Lachen bei der CDU)

dann die Stellenbesetzung erfolgt?

(Beifall bei der SPD)

Abg. Klaus Herrmann CDU: Herr Kollege Schmiedel, jetzt ist der Unterschied einmal deutlich geworden.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Jetzt weiß er nichts mehr!)

Was war? Wir beide haben als örtliche Abgeordnete einen Brief der Eltern der Schule in Hoheneck bekommen. Sie haben sofort einen Brief an den Kultusminister geschrieben

(Abg. Katrin Altpeter SPD: Ist das jetzt die Haushaltsrede, oder?)

und das Thema hier im Landtag angesprochen. Ich habe beim Schulamt angerufen. Die Schulamtsdirektorin hat mir gesagt, dass die betroffene Klasse drei Tage lang – Mittwoch, Donnerstag und Freitag – auf mehrere Klassen verteilt wird und ab Montag ein Vertretungslehrer zur Verfügung steht.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Na also!)

Damit hat man mehr erreicht und mehr gelöst als durch Ihren Populismus, der an diesem Tag hier nicht widerlegt werden konnte.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP-Abg. Reinhold Gall SPD: Ich könnte Ihnen jede Menge weiterer Elternbriefe vorlesen! Also nur heiße Luft! – Zuruf des Abg. Dr. Dietrich Birk CDU)

Zu den Anträgen der Grünen. Meine Damen und Herren, die Grünen haben bei den Haushaltsberatungen in der letzten Woche bei fast allen Einzelplänen Mehrausgaben gefordert: "Das wäre wünschenswert, das sollte gemacht werden, das wäre schön." Herr Schlachter hat bei der Beratung des Einzelplans des Finanzministeriums kritisiert, es würden zu viele Ausgaben getätigt, wir machten zu viele Schulden.

(Zuruf der Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE)

Hier war plötzlich vom Sparen die Rede. Bei den Fachpolitikern zuvor spielte Sparen offenbar keine Rolle. Meine Damen und Herren, so kann man auch vorgehen. Wir machen Politik, die zusammenhängend ist. Wir sparen, wir investieren, aber wir reden nicht heute so und morgen anders.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Jörg Döpper CDU: So ist es! – Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Das war aber ein bisschen mager! – Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Noch ein Satz zum Thema Privatschulen. Dazu haben wir Hunderte von Karten erhalten. Das Thema stellt ein echtes Problem dar. Aber man muss auch einmal klar auf den Tisch legen: Die Privatschulen haben im Jahr 2009 644 Millionen € bekommen. 2011 werden es 732 Millionen € sein. Das ist in-

nerhalb von zwei Jahren eine Steigerung um fast 90 Millionen €

Auch pro einzelnem Schüler gibt es mehr. Für einen Schüler der Klasse 13 der Waldorfschule erhielt die Schule im Jahr 2009 4 285 ϵ . Im Jahr 2011 sind es 4 429 ϵ . Für einen Hauptschüler gab es im Jahr 2009 3 885 ϵ , im Jahr 2011 werden es 4 537 ϵ sein – also eine Steigerung.

Wohlgemerkt: Den Fördersatz von 80 % erreichen wir nicht. Das will ich durchaus auch sagen. Nur: Wo sind die Anträge der Opposition?

(Zuruf des Abg. Reinhold Pix GRÜNE)

Die SPD bringt einen Entschließungsantrag ein. Dafür brauche ich keine Deckung.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Was hätten Sie denn mit dem Antrag gemacht? Wie hätten Sie den verbeschieden? Hätten Sie ihm zugestimmt? Nein! Alles nur Sprechblasen! Furchtbar!)

Die Grünen beantragen nur 10 Millionen € mehr, damit man sagen kann: Wir tun etwas. Wir brauchen aber, um auf 80 % zu kommen, fast 50 Millionen €.

Wir werden das im Laufe dieses Jahres gründlich diskutieren und beraten. Aber wir sagen auch deutlich: Was uns manche Eltern schreiben, nämlich dass es weniger gibt, ist falsch. Es gibt mehr. Der Prozentsatz, der unter anderen Voraussetzungen angestrebt war, war und ist bisher allerdings nicht erreicht.

(Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Meine Damen und Herren, die zentrale Botschaft dieses Doppelhaushalts ist:

(Zuruf des Abg. Dr. Nils Schmid SPD)

Die geplanten Investitionen in die Bildungschancen unserer Kinder werden 1 : 1 verwirklicht.

(Abg. Stephan Braun SPD: Oi, oi, oi! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Oje!)

Die Qualitätsoffensive Bildung geht wie geplant weiter.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Sie verarschen die Eltern!)

Wir schaffen 3 840 zusätzliche Lehrerstellen. Das ist eine ganz klare politische Wertentscheidung. Inmitten der Krise mobilisieren wir ohne jeden Abstrich über 500 Millionen € zusätzlich für unsere Schulen.

(Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Exzellente Schulen und beste Bildung haben für uns auch in Krisenzeiten oberste Priorität, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Dr. Birgit Arnold FDP/DVP – Abg. Ursula Haußmann SPD: Oje! – Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Wir investieren neben der Bildung in Innovationen, in Infrastruktur. Das sind unsere Ziele für Baden-Württemberg auf dem Weg aus der Krise.

Meine Damen und Herren, nun noch ein Satz zu den uns vorliegenden Entschließungsanträgen zum Kauf der Steuerdaten-CD. Ich verstehe alle, die ein ungutes Gefühl haben, wenn jemand unrechtmäßig diese Daten-CD erwirbt, sie dann weiterverkauft und sich damit bereichert. Ich verstehe aber auch diejenigen, die sagen: Wir handeln rechtmäßig und korrekt, zahlen unsere Steuern, und wir sind die Dummen, wenn man Steuersünder nicht aufspürt, die man durch den Ankauf solcher Daten möglicherweise aufspüren könnte.

(Zuruf des Abg. Stephan Braun SPD)

Der Antrag der Grünen sagt aber, dass wir die Datenträger ohne jede Prüfung kaufen sollen.

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Eine Grundsatzentscheidung! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Stächele hat doch schon geprüft!)

Der Antrag der Grünen sagt, dass die "angebotenen Datenträger mit Daten zu steuerrechtlich relevanten Vorgängen mit Bezug zu Baden-Württemberg unverzüglich zu erwerben" seien.

Derzeit werden vermehrt Steuerdaten gegen Entgelt angeboten. Wir wollen durch unseren Antrag abfragen, was den Ministerien vorliegt. Wir wollen die mit einem Kauf verbundenen rechtlichen und sachlichen Fragen umfassend geklärt haben. Wir wollen auch die aktuellen Sachverhalte in Nordrhein-Westfalen und Bayern mit einbeziehen.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Oje!)

Auf dieser Grundlage werden wir dann entscheiden. Das halten wir für den richtigen Weg – nicht einen Schnellschuss ohne jede Prüfung, wie es die Grünen jetzt beantragen.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Dr. Birgit Arnold FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, für uns ist auch wichtig: Steuerhinterziehung ist mit allen rechtsstaatlichen Mitteln zu verfolgen und zu bestrafen, aber eben mit rechtsstaatlichen Mitteln nach genauer Prüfung und nicht durch einen Antrag, der hier einmal schnell vorgelegt wird.

Zusammenfassend finden der von der Landesregierung vorgelegte Haushalt und die Änderungsanträge, die wir in der Zweiten Beratung verabschiedet haben, heute in der Dritten Beratung die uneingeschränkte Zustimmung der CDU-Fraktion. Lassen Sie uns gemeinsam alles dafür tun, dass wir auf dem bisherigen Weg schnell und gut vorankommen und die Krise meistern, damit Baden-Württemberg weiterhin in allen Bereichen wie bisher spitze bleibt.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/ DVP – Abg. Ursula Haußmann SPD: Oje! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl! Bravo!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Sehr geehrter Herr Kollege Hauk, Sie sind vorhin zum Vorsitzenden der CDU-Landtagsfraktion gewählt worden. Hierzu darf ich Ihnen recht herzliche Glückwünsche des ganzen Hauses übermitteln. Wir alle wünschen eine gute Zusammenarbeit.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Rust das Wort.

Abg. Ingo Rust SPD: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Herrmann, das war schon eine exzellente Bewerbungsrede für den einen oder anderen Posten, der im neuen Kabinett jetzt vielleicht frei wird, aber mit richtig solider Finanzpolitik hat das wenig zu tun gehabt, liebe Kolleginnen und Kollegen.

 (Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen
 Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU – Abg. Claus Schmiedel SPD: Stächele, aufgepasst!)

Aber wir sind im Plenum, nicht im Finanzausschuss. Es sei Ihnen zugestanden.

Trotzdem möchte ich als Ausschussvorsitzender die Gelegenheit nutzen, mich bei den Mitgliedern des Finanzausschusses sehr herzlich für die intensive Beratung in den letzten Wochen und den hohen Einsatz, den die Mitglieder des Finanzausschusses erbracht haben, zu bedanken. Die Kolleginnen und Kollegen haben seit der Einbringung im Dezember intensiv am Haushalt und an den Änderungsanträgen gearbeitet. Dafür herzlichen Dank.

Auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landtagsverwaltung, besonders dem Referat Plenar- und Ausschussdienst möchte ich sehr herzlich danken, stellvertretend Frau Referatsleiterin Ehninger. Die Landtagsverwaltung hat Hervorragendes geleistet; dies sage ich vor allem deshalb, weil wir unter einem sehr engen Zeitkorsett gearbeitet haben. Deshalb sage ich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landtagsverwaltung sehr herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der CDU, der Grünen und der FDP/DVP)

Ebenfalls danken darf ich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Finanzministeriums, die ganz hervorragend mit dem Finanzausschuss zusammengearbeitet haben. Herzlichen Dank dafür

Ich muss aber leider auch gleich wieder eine Rüge hinterherschieben, wie ich das in den vergangenen Jahren leider jedes Mal machen musste. Auch in diesem Jahr verstößt die Landesregierung gegen Artikel 79 Abs. 2 der Landesverfassung, in dem es heißt:

Die Feststellung

- des Landeshaushalts -

soll vor Beginn des Rechnungsjahres ... erfolgen.

In § 30 der Landeshaushaltsordnung steht:

Der Entwurf des Haushaltsgesetzes ist mit dem Entwurf des Haushaltsplans vor Beginn des Haushaltsjahres, für das er aufgestellt ist, in der Regel bis zum 30. September, im Landtag einzubringen.

Jetzt kann man in diesem Jahr durchaus in Anspruch nehmen, dass es sich um ein außergewöhnliches Jahr handelt und dass es ausnahmsweise einmal geboten wäre, vielleicht auch etwas zuzuwarten. Wir hatten die Wirtschafts- und Finanzkrise; da hätte man das in der Tat so begründen können.

(Ingo Rust)

Finanzminister Stächele hat das am 7. Oktober letzten Jahres auch getan, indem er bei der Beratung des Dritten Nachtrags zum Staatshaushaltsplan 2009 gesagt hat – ich zitiere –:

Wenn wir jetzt vom 10. Dezember, dem Termin, der ursprünglich auf dem Sitzungsplan gestanden hat, auf den 17. gehen, dann geht es um eine Verschiebung um eine Woche. Warum machen wir das? Das machen wir letztendlich auch Ihnen zuliebe.

Damit hat er uns gemeint.

Meine Damen und Herren, was das Ziel der relativen Stabilität in dieser Haushaltsberatung anbelangt, so ist es nicht unwesentlich, was im Blick auf die November-Steuerschätzung und mit Blick auf das, was in Berlin beschlossen wird, in den Entwurf einfließen kann.

Darauf hat Kollege Zimmermann noch dazwischengerufen: "So ist es!"

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie haben nichts, null Komma null von dem, was in Berlin beschlossen wurde, eingearbeitet. Herr Minister, das, was Sie damals gesagt haben, war schlicht falsch.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Claus Schmiedel SPD: Sehr richtig!)

Sie haben nichts eingearbeitet, und Sie müssen jetzt schon einmal erklären, warum Sie zuerst behauptet haben, Sie warteten so lange, damit die Berliner Beschlüsse eingearbeitet werden könnten – so wurde es hier im Landtag protokolliert –, aber dann im Entwurf keinen einzigen Beschluss aus Berlin eingearbeitet haben. Das Einzige, was Sie nachher – erst in den Ausschussberatungen, also im Januar – eingearbeitet haben – nicht in den Entwurf –, war das "Schuldenbeschleunigungsgesetz" der Bundesregierung. Da haben Sie einfach unsere Landesschulden hochgesetzt. Das war das Einzige, und das haben Sie im Ausschuss gemacht. Im Entwurf war davon überhaupt nichts enthalten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich kann Ihnen versprechen: Das wird die letzte Rüge sein, die ich in diesem Haus zu diesem Thema aussprechen werde.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Wollen Sie zurücktreten?)

 Nein. Das hätten Sie wohl gern, Herr Kluck. – Denn wenn bis zum 30. September 2011 kein Haushaltsplanentwurf für 2012 vorliegt – da können Sie Ihre Juristen schon einmal vorwarnen –, dann werden wir vor dem Staatsgerichtshof Klage einreichen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Claus Schmiedel SPD: Sehr richtig! – Zurufe von der CDU: Oi!)

Wir haben das jetzt über fünf, sechs, sieben Jahre hinweg jedes Jahr erwähnt.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Seit 20 Jahren wird das so gemacht!)

Wenn Sie sich nicht an die Landeshaushaltsordnung und an die Landesverfassung halten, dann werden wir das rügen.

Herr Kollege Herrmann, ich habe mir einmal die Zahlen geben lassen, wann die Haushalte eingebracht worden sind. Wenn man das einmal vom Zeitpunkt der Landesgründung ausgehend betrachtet, sieht man: Knapp die Hälfte der Haushaltsplanentwürfe sind fristgerecht eingebracht worden.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Als ihr mitregiert habt, war es schlechter!)

Das heißt, es muss schon möglich sein, den Haushaltsplanentwurf fristgerecht einzubringen, und wir fordern Sie auf, das zukünftig auch zu tun.

Jetzt noch einige Worte zur Landesverschuldung: In diesem Haushaltsplan ist wieder eine Neuverschuldung vorgesehen. Das Land ist nach wie vor hoch verschuldet. Es bringt überhaupt nichts, Herr Kollege Herrmann, schöne Bilder zu malen, die mit der Realität nichts zu tun haben.

(Zuruf von der CDU: Länderfinanzausgleich!)

Ich komme gleich noch einmal dazu, Herr Kollege.
 Wenn wir nur die expliziten Schulden betrachten, die wir im Haushaltsplan stehen haben – das kann man auf den ersten Blick tatsächlich tun –, dann stellen wir fest, dass das Land Baden-Württemberg ganz gut dasteht: Da stehen wir in einem Jahr auf dem dritten Platz, in einem anderen Jahr auf dem zweiten Platz unter allen Bundesländern. Wir sind demnach also die Zweit- oder Drittbesten.

De facto ist bei diesen Schulden aber nicht berücksichtigt, dass wir Pensionslasten in einer Größenordnung haben, wie sie kein anderes Bundesland hat. Wenn wir allein die Pensionslasten einberechnen, dann erkennen wir, dass wir auf dem letzten Platz der Flächenländer in der Bundesrepublik Deutschland sind, meine Damen und Herren.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wir haben die beste Lehrerversorgung!)

So sieht die Realität aus.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Baden-Württemberg ist nicht das beste Land bei der Verschuldung, sondern das schlechteste.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben noch nicht eingearbeitet, dass das Landesvermögen permanent vernachlässigt wird.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das ist so!)

Allein der Sanierungsstau bei den Landesstraßen oder bei den Hochschulgebäuden summiert sich im Land auf mehrere Milliarden Euro. Wenn man die Abschreibungen hierfür mit einrechnen würde, wenn man es betriebswirtschaftlich betrachten würde, meine Kollegen von der FDP/DVP, dann wäre festzustellen, dass das Land längst Bankrott hätte anmelden müssen

(Abg. Alfred Winkler SPD: Bankrottgefahr! – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Davon verstehen nur Sie etwas! – Zuruf des Abg. Walter Heiler SPD)

Deshalb nützt es nichts, ein schönes Bild zu zeichnen, das mit der Realität überhaupt nichts zu tun hat.

(Ingo Rust)

Herr Kollege Herrmann, Sie haben Rheinland-Pfalz mit seiner Verschuldung angesprochen. Sie müssen aber die Pensionslasten berücksichtigen. Das Land Rheinland-Pfalz legt seit 1996 Mittel in einen Pensionsfonds zurück. Natürlich hat das Land Rheinland-Pfalz dadurch eine höhere Neuverschuldung. Wenn wir nichts zurücklegen und dafür weniger Schulden aufnehmen, stehen im Haushaltsplan zwar de facto weniger Schulden, aber in der Realität haben wir höhere Zukunftslasten. Das können Sie nicht wegdiskutieren.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE – Zuruf des Abg. Dieter Hillebrand CDU)

Dann noch einige Worte zu den verschiedenen CDs – vielleicht sind es auch DVDs –, die uns angeboten werden. Man kann zu den rechtlichen Fragen stehen, wie man will.

(Zuruf von der FDP/DVP: Das kann man eben nicht!)

Ich möchte nur zwei Anmerkungen machen. Die erste ist – Herr Kollege Herrmann, das haben Sie richtig gesagt –: Welches Signal geben wir den anständigen Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern, wenn wir jetzt davor zurückschrecken, diese Daten über Steuerhinterzieher zu kaufen? Das ist ein Signal, liebe Kolleginnen und Kollegen, das wir vor den einfachen Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern nicht verantworten können

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: "Einfach" oder "anständig"? – Abg. Reinhold Gall SPD: Dazu hat der Landtag am letzten Freitag einen guten Beschluss gefasst!)

Dann noch einige Worte zu der Sitzung am vergangenen Freitag. Da hat der Landtag hierzu einen Beschluss gefasst. Ich möchte auch die neue Landesregierung bitten, diesen Beschluss zu respektieren.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Das tun wir immer!)

Was uns aber schon sehr verwundert hat, Herr Finanzminister, ist, dass Sie, obwohl wir hier über den Ankauf von CDs, von Daten diskutiert haben, hier im Haus keinen einzigen Ton dazu gesagt haben, dass Sie darüber Bescheid wissen, dass auch Baden-Württemberg solche Daten angeboten werden.

(Beifall bei der SPD – Abg. Reinhold Gall SPD: Unmöglich! Unglaublich!)

Herr Minister, hier wurde in der Diskussion darüber, ob es überhaupt zulässig ist, über unseren Antrag zu beschließen, argumentiert, dass dies Bundessache sei und schon entschieden sei. Im gleichen Moment wussten Sie, dass es eine für Baden-Württemberg spezifische Sache ist und eine ganz konkrete Entscheidung für Baden-Württemberg ansteht. Wir hätten sofort den Antrag ändern und ganz konkret auf die in Baden-Württemberg angebotene CD beziehen können. Da kann es doch nicht sein, dass Sie hier keinen Ton dazu sagen. Das geht nicht.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Zum Schluss möchte ich noch einen Appell loswerden. Wir führen in diesem Haus immer wieder sehr intensive Diskussionen, auch rein vom zeitlichen Anspruch her. Zu wichtigen Fragen der Bildungspolitik, zur Innenpolitik haben wir Enquetekommissionen und Sonderausschüsse gebildet. Ich möchte an uns alle appellieren, dass wir uns in diesem Haus, auch wenn in einem Jahr schon wieder eine Wahl ansteht, dringend mit dem Thema auseinandersetzen, was wir den folgenden Generationen an Lasten mit auf den Weg geben.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Einverstanden!)

Es sind alles wichtige Fragen, die wir hier in den einzelnen Politikfeldern behandeln. Wer hat in der Bildungspolitik, in der Energiepolitik und in der Innenpolitik das beste Konzept? Ich finde es wichtig, dass wir uns damit auseinandersetzen. Das ist unsere Aufgabe. Aber eines unserer größten Probleme in der Zukunft wird sein, dass wir diese gute Politik in den vielen Fachbereichen finanzieren müssen. Es wird keine gute Bildungspolitik, keine gute Kulturpolitik, keine gute Energiepolitik und keine gute Innenpolitik geben, wenn wir nicht eine solide Finanzpolitik haben, meine Damen und Herren.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Was ist mit der Sozialpolitik?)

Das gilt auch für die Sozialpolitik, Herr Kollege Kluck.
 Wir sollten uns einmal intensiv mit diesem Thema beschäftigen; am liebsten wäre es mir, dies geschähe über alle Fraktionsgrenzen hinweg.

Vielleicht sollten wir über die Einrichtung einer Arbeitsgruppe oder eines Sonderausschusses, einer Enquetekommission diskutieren, die sich mit dem Thema beschäftigt: Was laden wir den zukünftigen Generationen an Lasten auf? Was können wir ihnen zumuten? Wie schaffen wir es, liebe Kolleginnen und Kollegen, den hohen Schuldenberg, den wir auch in Baden-Württemberg angehäuft haben – in Verbindung mit den Pensionslasten und dem Landesvermögen, das wir verkommen lassen –, abzubauen, damit in der Zukunft noch Spielräume für eine gute Bildungspolitik, eine gute Sozialpolitik und eine gute Innenpolitik bestehen?

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion GRÜ-NE erteile ich Herrn Abg. Schlachter das Wort.

Abg. Eugen Schlachter GRÜNE: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Ministerpräsident Mappus, wir gratulieren Ihnen zu Ihrer Wahl und zur neuen Aufgabe. Sie bekommen diese Aufgabe in schweren Zeiten, in einer Finanz- und Wirtschaftskrise, wie wir sie vor vier oder fünf Jahren eigentlich nicht erwartet hätten – wir alle nicht. Ihr Amtsvorgänger hat dem Landtag den Satz mitgegeben: "Nach der Krise wird nichts mehr so sein, wie es vorher war." Ich denke, er hat recht. Ich denke, dass jeder Versuch scheitern wird, die Uhr wieder auf vormalige Zeiten und vormalige Weltbilder zurückzudrehen.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Sehr gut!)

Wir erwarten von Ihnen, Herr Mappus, jetzt als Ministerpräsident, dass Sie diese Veränderungen aktiv aufnehmen, dass Sie nach vorn blicken und den Kurs auch über die nächste Stromschnelle hinaus benennen. Seien Sie dabei aber bitte mehr Kolumbus als nur der Neckarhafenkapitän der CDU.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Grünen)

Haben Sie bitte den Mut, unser Bundesland zu neuen, weiten Ufern zu führen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Franz Untersteller GRÜNE: "Neckarhafenkapitän"! – Gegenruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Der kommt doch von der Enz! – Zuruf des Ministerpräsidenten Stefan Mappus)

Wir von den Grünen werden Sie dabei kritisch, aber konstruktiv begleiten und werden unser Querschnittsthema, die Nachhaltigkeit, in allen Politikfeldern einfordern. Nachhaltigkeit ist dabei nichts, was an der Vergangenheit festhält, sondern etwas, was sich aus der Zukunft herleitet. Nachhaltigkeit ist die Landkarte für eine veränderte Welt, mit der man ankommt, während man mit der alten Landkarte nur in der Sackgasse stecken bleibt. Eine Politik der Nachhaltigkeit ist die Architektur für eine Veränderung.

Der Maler und Visionär Kandinsky hat Anfang des 20. Jahrhunderts, noch vor dem Ersten Weltkrieg, gesagt, er hoffe, das 20. Jahrhundert werde nicht das Jahrhundert des Entwederoder bleiben, sondern werde zum Jahrhundert des Und. Aber erst jetzt, im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts, zeichnet sich ab, dass alte Polaritäten schwächer werden. Das betrifft z. B die Themen "Ost – West", "Kapital – Arbeit", "Links – rechts". Gerade in der Bankenkrise musste man sich bisweilen die Augen reiben, was an Staatsinterventionismus von Leuten vorgetragen wurde, die kurz zuvor noch plakatiert hatten: "Weniger Staat!" Da hat sich einiges verschränkt.

Ich will Ihnen einige Beispiele und Erfordernisse für dieses Und in der Landespolitik nennen. Da geht es z. B. um Familie, Männer, Frauen. Sie wollen nicht mehr entweder Familie oder Beruf, sondern sie wollen Familie und Beruf. Hier in Baden-Württemberg hat die CDU Frau von der Leyen gebraucht, um auf die Spur zu kommen. Aber in dieser Liga sind wir noch immer ganz weit hinten.

(Zuruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

Hier werden wir investieren müssen. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist ein Kernthema der sozialen und wirtschaftlichen Nachhaltigkeit. Sehen Sie also unseren Haushaltsantrag zur Stärkung der Kinderbetreuung bitte vor diesem Hintergrund.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Der demografische Wandel zeigt ein weiteres, erfreuliches Und: alt und aktiv. Die Älteren haben wieder Konjunktur.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Danke! Danke!)

Einerseits scheint der Jugendwahn in der Wirtschaft abgeklungen zu sein;

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das schadet nichts!)

andererseits wollen die Menschen im Ruhestand, auch wenn manche Älteren eine Einschränkung oder Behinderung haben, mitten in der Gesellschaft aktiv bleiben oder wieder aktiv sein. Daher ist es für uns wichtig, dass wir unsere Einrichtungen und unsere sozialen Infrastrukturen darauf ausrichten, dieses neue Und, nämlich "Aktiv im Alter", zu fördern. Das geht bis hin zu den sehr Betagten. Sehen Sie bitte unseren Haushaltsantrag zu Modellprojekten in der Pflege exakt vor diesem Hintergrund.

(Beifall bei den Grünen)

Das dritte Und, das ich benennen möchte, betrifft Markt und Staat. An dieser Stelle möchte ich ein Erfolgsmodell aus der gesellschaftlichen Schnittmenge von Markt und Staat positiv hervorheben, nämlich die öffentlich-rechtlichen Sparkassen Baden-Württembergs.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Hast du die Fahne gewechselt?)

Die regionale Orientierung und die Bindung des öffentlichen Auftrags dort, wo er ernst genommen wurde, waren offenbar eine stabile, nachhaltige Orientierung mitten in dieser Finanzmarktkrise. Dort, wo diese Orientierung durchbrochen wurde, wie bei der Landesbank Baden-Württemberg, hat die Krise tiefe Spuren hinterlassen.

Die Schlussfolgerung heißt daher für mich: Auch die LBBW soll sich künftig an die bewährte Orientierung der Sparkassen halten.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Das musst du der Homburger sagen!)

Die Schlussfolgerung ist nicht, die LBBW zu privatisieren, sondern dieses Und zwischen dem öffentlichen Auftrag und der Marktorientierung zu stärken und zu unterstützen.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Hagen Kluck FDP/ DVP: Stamokap!)

Daher sage ich Ihnen: Eine Privatisierung der LBBW ist grottenfalsch.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Wir brauchen vielmehr ein starkes Spitzeninstitut für unsere Sparkassen in Baden-Württemberg.

Meine Damen und Herren, Sie erinnern sich: Im vergangenen Sommer haben wir einen Gesetzentwurf zur Novellierung des Landesbankgesetzes eingebracht. Einiges von dem, was wir wollten, hat inzwischen die Europäische Kommission durch Neelie Kroes eingefordert. Mit etwas Weitsicht und mit etwas Klugheit beim Umgang mit unserem Gesetzesvorschlag hätten wir uns diese Auflagen erspart. Das heißt, zukünftig sollten wir bei solchen Vorgängen mehr nachdenken.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Diese Auflagen sind ganz wichtig und richtig!)

Frau Berroth, kommen wir nun einmal zu Frau Homburger. Wenn Frau Homburger meint, sie könne das Problem der Landesbank Baden-Württemberg durch eine Privatisierung lösen, bei der sie das Mittelstandsgeschäft der L-Bank überlässt, weil

sie sich als mittelstandsfreundlich darstellen möchte, dann muss ich sagen: Frau Homburger will offensichtlich das Auto ohne die Reifen verkaufen.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Chaostruppe, kann man nur sagen!)

Was ist die Landesbank Baden-Württemberg noch wert, wenn sie das Mittelstandsgeschäft abgibt? Das ist für mich ein Ansatz von Wirklichkeitsverweigerung.

Frau Kollegin Berroth, vielleicht machen Sie Frau Homburger einmal klar, wie es um den Ertragswert der Landesbank Baden-Württemberg ohne das Mittelstandsgeschäft stünde. Klären Sie sie doch bitte einmal darüber auf.

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Ich erinnere daran – ich habe den Vorgang aus der Distanz begleitet –: Als die öffentlich-rechtliche Bankenlandschaft neu aufgestellt wurde – das ist einige Zeit her –, wurde ganz bewusst das Fördergeschäft mit der L-Bank aus dem Konzern LBBW herausgehalten, um Markteingriffe durch das Fördergeschäft zu vermeiden.

Nun sagt Frau Homburger, die L-Bank als Förderinstitut solle in das Mittelstandsgeschäft einsteigen, sie solle in den Markt eingreifen.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Sie haben das gar nicht verstanden!)

Ich muss Ihnen sagen: Ihre Vorschläge zeigen, dass Sie nicht viel von Marktwirtschaft verstehen.

(Beifall bei den Grünen)

Was Sie in Person von Frau Homburger vortragen, ist so etwas wie Finanzmarktsozialismus. Mit Marktwirtschaft hat das aber nichts zu tun.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Davon verstehen gerade Sie etwas! – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Ziehen Sie sich warm an! Ich sage ihr, was Sie gesagt haben!)

Ich möchte auf ein weiteres Und eingehen, das uns in diesen Tagen beschäftigt und eine Rolle spielt. Es geht um das Thema "Freiheit und Gerechtigkeit". Die Zahl derer, die die Freiheit und die Freizügigkeit von Kapital in Euro dazu nutzen, in großem Umfang Steuern zu hinterziehen, nimmt zu. Viele verstehen nicht mehr, dass sich Freiheit von der Verantwortung nährt, und suchen ihren Vorteil jenseits der bestehenden Steuergesetze.

Niemand – auch wir nicht – will zu einer Welt der Kapitalverkehrskontrollen oder einer Welt abgeschotteter Geldmärkte zurück. Das heißt auf der anderen Seite nicht, dass wir jeden Missbrauch durchgehen lassen können. Gerade in der freien Welt muss das Und der Gerechtigkeit zu einer gleichmäßigen und fairen Besteuerung führen. Derjenige, der mehr schultern kann, darf auch gern mehr zahlen. Das verstehen wir unter Freiheit und Freizügigkeit. Dazu gehört auch die Gerechtigkeit

(Beifall bei den Grünen – Abg. Hagen Kluck FDP/ DVP: Der Zehnte!) Ganz konkret zur aktuellen Debatte: Ich bin der Auffassung, dass nach erfolgter rechtlicher Prüfung – der Finanzminister sagt ja, er habe geprüft – die Datenträger, die offenbar relevante Informationen enthalten, erworben werden sollen und müssen. Alles andere wäre aus meiner Sicht vorsätzliches Wegsehen, und es wäre nahe am Tatbestand der Steuerhinterziehung oder der Beihilfe hierzu. Da wollen wir nicht mitmachen.

(Beifall bei den Grünen)

Wer nun wie Sie, Herr Minister Goll, in diesem Zusammenhang von Denunziantentum spricht, der diffamiert entweder jeden, der in diesem Land eine Straftat anzeigt, oder er hält Steuerhinterziehung für ein Kavaliersdelikt. Beides ist, wie ich finde, für einen Justizminister bemerkenswert.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Der hält auch Steuern für Diebstahl!)

Als nun die SPD und wir in den Haushaltsdebatten der letzten Wochen von "schwarz-gelben Steuergeschenken" sprachen, haben Sie, Herr Mappus, die Meinung vertreten, das seien keine Geschenke, denn das Geld gehöre nicht dem Staat, sondern dem Steuerzahler.

(Beifall des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Recht hat er gehabt!)

Angesichts dieser Denkweise, Steuern seien so etwas wie Diebstahl, wird sofort verständlich und erscheint logisch, warum Sie am letzten Freitag den Antrag der Kollegen von der SPD, die Steuerdaten-CD zu kaufen, abgelehnt haben. Denn den "Steuerdieben" in Berlin wollten Sie hier nicht Vorschub leisten. Aber, werter Herr Ministerpräsident, Sie sollten das alles jetzt nochmals überdenken. Unser Antrag liegt Ihnen vor. Meine Empfehlung und meine Bitte lauten: Stimmen Sie diesem Antrag zu.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Genau! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Da steht noch etwas anderes auf dem Blatt!)

Wir müssen noch weitere Verbindungen mit diesem Und in dieser Welt wahrnehmen. Ich empfehle Ihnen und der Landesregierung, etwas wahrzunehmen, was uns ebenfalls wichtig ist, nämlich die Verbindung von Wirtschaft und Ökologie, Wirtschaft und Umwelt. Auch hier ist unübersehbar, dass es ein Entweder-oder nicht mehr gibt. Ein Industrieland wie Baden-Württemberg können wir nur mit Wirtschaft und Ökologie voranbringen.

Wir haben hier jetzt einige Tage Haushaltsberatungen hinter uns. Eines ist dabei auffallend – ich habe es erst heute vom Kollegen Herrmann wieder gehört –: Es wird immer wieder argumentiert, die Situation sei einmalig schlecht und einmalig schwierig, aber wir stünden noch immer besser da als alle anderen Bundesländer, die sich noch viel höher verschulden müssten als Baden-Württemberg. Auch die Regierungsvertreter argumentieren entsprechend, wenn sie ans Rednerpult gehen. Ich muss Ihnen aber leider sagen: Diese Analyse teile ich grundsätzlich nicht.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Das ist doch wahr! – Gegenruf des Abg. Claus Schmiedel SPD: Das ist aber falsch!)

Es stimmt, sie ist falsch, Herr Kollege Schmiedel. Das sehe ich auch so. Das hört sich gut an; es hört sich wunderbar an, hilft aber nicht, Herr Kollege Herrmann. Denn ob Sie mit 180 km/h oder mit 150 km/h gegen die Mauer fahren – am Ende steht ein Totalschaden. Und einen Totalschaden wollen wir nicht.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: An der Mauer oder am Auto? – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Wir wollen eine Politik des "vorausschauenden Bremswegs" und keine Beschönigung der viel zu hohen Verschuldungsgeschwindigkeit. Sie beschönigen dies mit diesen, wie ich finde, abstrusen Vergleichen.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Was hat Schöning damit zu tun?)

Für mich stellt sich die Frage: Greifen Sie auf, was wir jetzt an Wahrheiten sagen müssen? Sagen Sie den Beamten, dass wir uns Besoldungserhöhungen wie in den letzten Jahren nicht mehr leisten können?

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Die haben jetzt gar keine!)

Sagen Sie den Pensionären, dass es nicht mehr geht, die Pensionen um 3 % oder höher anzuheben? Sind Sie bereit, die unangenehmen Wahrheiten zu sagen, oder verstecken Sie sich dahinter, indem Sie sagen: "Das geht halt nicht"? Wir sagen es den Pensionären; wir haben einen entsprechenden Antrag eingebracht. Wir wollen zugunsten eines Pensionsfonds, zugunsten der Nachhaltigkeit und auch zugunsten der jüngeren Beamtinnen und Beamten umschichten.

Meine Damen und Herren, zur Klarstellung: Wir von den Grünen werfen der Landesregierung nicht vor, dass es nicht gelungen ist, für 2010/2011 einen verschuldungsfreien Haushalt aufzustellen. Das hätten wir sicher auch nicht geschafft. Aber wir werfen Ihnen vor, dass Sie noch bis in den vergangenen Herbst hinein immer davon geträumt und schwadroniert haben, dies könne gelingen, obwohl schon in der Mai-Steuerschätzung klar war, dass die Nullnettoneuverschuldung nicht zu schaffen sein würde.

Wir werfen Ihnen zweitens vor, dass Sie, obwohl Sie schon lange wissen – die Fakten liegen auf dem Tisch –, dass wir mit einer Sanierung an den Haushalt herangehen müssen, damit uns der Crash der Schuldenbremse im Jahr 2020 nicht zu hart trifft, keinerlei Maßnahmen ergreifen. Es wird zwar wolkig von "schmerzhaften Einschnitten" getönt, aber Maßnahmen werden nicht benannt, auch nicht vom neuen Ministerpräsidenten, Herrn Mappus. Ich muss Ihnen sagen: Dieses Herumschwadronieren reicht vielleicht für eine schlechte Opposition, aber für eine Regierung ist so etwas definitiv zu wenig.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Mit "schlechter Opposition" meinen Sie sich!)

Woran müssen wir uns nun mittelfristig orientieren, wenn wir realistisch bleiben wollen? Herr Ministerpräsident a. D. Oettinger

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

hat sehr genau analysiert, wo es eigentlich fehlt, nannte aber wie der große Rest – wie auch Sie, Herr Dr. Rülke – keine Maßnahmen. Sie sagen nur, was nicht geht. Die Aufgabe der Politik ist aber, Maßnahmen zu nennen und sich am mittelfristigen Pfad der Ausgaben und Einnahmen zu orientieren. Nicht weniger und nicht mehr bedeutet strukturelle Nullneuverschuldung.

(Zuruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

Der mittelfristige Einnahmepfad muss dabei mit Vorsicht angesetzt werden, und er muss realistisch angesetzt werden. Er muss auch die aktuelle Wirtschaftsstruktur berücksichtigen. Bei den Ausgaben muss man z. B. auch einmal an eine Dienstrechtsreform heran. Man muss sich überlegen: Ist die Landesverwaltung modern ausgerüstet? Muss man nicht vielleicht auch eine Verwaltungsebene streichen? Ist vielleicht das eine oder andere zu viel, was wir da verwalten?

Jetzt abschließend noch ein paar Worte zum Begriff "Konjunkturhaushalt"; Herr Kollege Herrmann hat wieder davon getönt. Einen Haushalt, der die höchste Neuverschuldung aufweist, die wir je in diesem Land gesehen haben, als "Konjunkturhaushalt" zu bezeichnen ist für mich insofern ein Treppenwitz, als wir von den 4,7 Milliarden € an neuen Schulden, die wir in den nächsten zwei Jahren machen, allein 4 Milliarden € brauchen, um Zinsen zu bezahlen.

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Dadurch erzielt man keinen konjunkturellen Impuls, sondern da wird praktisch das Geld auf die Reichen umverteilt; aber es ist kein Konjunkturhaushalt.

(Beifall bei den Grünen)

Ich möchte zu den Aussagen des Kollegen Herrmann eines noch einmal betonen: Wir haben ein schlüssiges, grünes Haushaltskonzept vorgelegt, nach dem wir in den nächsten zwei Jahren knapp eine halbe Milliarde Euro weniger ausgeben würden, als im Haushaltsentwurf der Landesregierung vorgesehen. Sie haben die Excel-Tabelle, rechnen können Sie hoffentlich auch. Also ich verbitte mir, dass Sie sagen, wir gäben mehr aus, als wir einnähmen.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Das habe ich nicht gesagt!)

Vielmehr haben wir ein schlüssiges Konzept vorgelegt.

Eine Politik des Aussitzens und des Abwartens bis nach der Landtagswahl 2011, wie wir sie jetzt hier auch erlebt haben, schafft keinerlei Vertrauen bei der Bevölkerung. Im Gegenteil, Vertrauen in die Handlungsfähigkeit der Politik wird nur durch eine klare Ansage geschaffen. Einer Klärung der haushaltspolitischen Lage kommt doch gerade in der jetzigen Phase eine besondere Bedeutung zu, in der Private wie Unternehmen überlegen: Führe ich jetzt die im letzten Jahr zurückgestellte Investition durch, oder führe ich sie nicht durch? Legen wir das auf Eis, oder befeuern wir die Konjunktur?

Ich habe hier leider Mutlosigkeit und Ideenlosigkeit auf Regierungsseite erlebt.

(Zuruf des Abg. Franz Untersteller GRÜNE)

Die drängende Haushaltssanierung wird leider nicht angegangen. Es ist für mich eigentlich erschreckend: Nicht ein ein-

ziger Lösungsansatz ist in diesem Haushalt zu entdecken, von dem wir sagen könnten: Wir schaffen damit eine bessere Entwicklung.

(Beifall bei den Grünen – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Kollege, kommen Sie allmählich zum Schluss, bitte.

Abg. Eugen Schlachter GRÜNE: Ich habe unlängst in einem Hotel den Spruch des Philosophen Demokrit gelesen: "Mut steht am Anfang des Handelns, Glück am Ende." Ich wünsche der neuen Regierung, dass sie auch Mumm hat, dass sie Kerle sind, dass sie hinsteht und auch einmal etwas Schwieriges durchzieht.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Genau! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das ist aber nicht gegendert! – Gegenruf des Abg. Jürgen Walter GRÜ-NE: Kannst du "Kerle" gendern? – Unruhe bei der CDU – Abg. Peter Hofelich SPD: Wunder Punkt!)

Wenn Sie dann noch viele unserer Vorschläge in Ihrem Handeln übernehmen, dann wird Sie am Ende auch das Glück des Tüchtigen ereilen. Genau dies wünsche ich der neuen Landesregierung von Herzen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist aber nett!)

Vielen Dank fürs Zuhören.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Vielen Dank für die guten Wünsche!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Frau Abg. Berroth das Wort.

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir beraten und beschließen heute in dritter Lesung einen Konjunkturhaushalt, der diesen Namen, Herr Kollege Schlachter, durchaus zu Recht verdient. Denn das, was Sie gerade gesagt haben, ist beileibe nicht die Erläuterung dazu.

Ich sage Ihnen, warum wir diesen Haushalt "Konjunkturhaushalt" nennen: Wir haben zwar nach den Vorgriffen im letzten Jahr die Investitionen in diesem Jahr richtigerweise etwas zurückgenommen, aber wir sind ganz bewusst beim Einsparen nicht so stark auf die Bremse getreten, wie wir das aus reinen Schuldenstoppüberlegungen hätten tun müssen.

Das, was Sie uns gerade empfohlen haben, haben wir bewusst nicht gemacht, und zwar deshalb, weil das sofort starke Rückwirkungen auf die Konjunktur gehabt hätte, die gerade wieder ein bisschen Luft holt und von der wir hoffen, dass sie dann durchstartet.

Auch ich möchte mich besonders bei den Unternehmern im Land und ihren Mitarbeitern ganz herzlich bedanken, die es unter zum Teil erheblichen Einschränkungen doch geschafft haben, dass die Wirtschaft nicht weiter eingebrochen ist und wir im Land jetzt die Chance zur Konsolidierung und zum Wiedererstarken haben.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Zu den Schwerpunkten dieses Doppelhaushalts: Bildung und Wissenschaft sind wie seit vielen Jahren die Eckpunkte dieses Haushalts als Basis wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Entwicklung und als Voraussetzung für die Umsetzung von Chancengleichheit im Land. Dazu gehört als Erstes die Bildungsoffensive mit einem Volumen von immerhin 528 Millionen $\mathbb C$ bis Ende 2012, die – das muss man dazusagen – komplett aus einer Rücklage finanziert wird. Denn wir wussten schon im letzten Jahr, dass wir dort etwas tun wollen, und haben Geld zurückgestellt, damit es uns auch jetzt in schwieriger Zeit noch zur Verfügung steht.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: So ist es! Jawohl! – Abg. Ingo Rust SPD: Das waren aber Schulden! Das waren Schulden, die Sie 2007 und 2008 aufgenommen haben!)

Für den Schulbereich wissen wir, dass wir bei den freien Schulen noch einen Nachholbedarf haben. Ich bin dem Kollegen Herrmann dankbar, dass er deutlich gesagt hat: Wir werden in diesem Jahr noch ausführlich darüber beraten müssen. So sehen wir das auch.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Claus Schmiedel SPD: Das ist aber klasse! Geschwätzt wurde lange genug!)

Der zweite Punkt ist der Ausbau der Kinderbetreuung, und zwar in wirklich gutem Zusammenwirken mit den Kommunen. Die dafür bereitgestellten Mittel steigen jährlich sukzessive bis auf 274 Millionen € im Jahr 2014 an; davon sind 175 Millionen € Landesmittel und 99 Millionen € Bundesmittel. Auch hierfür haben wir Rücklagen genutzt.

Herr Kollege Schlachter, Ihr Antrag dazu war schlicht unnötig.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Kropfunnötig!)

Das habe ich Ihnen am vergangenen Freitag schon einmal erklärt. Ich finde es schon toll, wenn Sie es heute einfach wieder herunterbeten.

(Zuruf: Er macht es immer wieder!)

Es ist genügend Geld da.

(Abg. Eugen Schlachter GRÜNE: Wo denn?)

Ja, natürlich. Im Moment gibt es da einen Stau bei den Kommunen, aber nicht bei der Zurverfügungstellung von Geld.
 Schauen Sie es sich einmal genau an. Auch der Finanzminister hat es neulich deutlich gesagt.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP zu Abg. Eugen Schlachter GRÜNE: Sie müssen sich vor Ort informieren, Herr Kollege!)

Es gibt auch eine gemeinsame Aussage von den kommunalen Landesverbänden und der Landesregierung in der gleichen Richtung.

Übrigens sind auch Modellprojekte zur Pflege durchaus in unserem Haushalt enthalten. Auch hier ist Ihr Antrag gegenstandslos.

(Heiderose Berroth)

Der nächste Punkt, den ich ansprechen möchte, ist das Programm "Hochschule 2012". Die Mittel hierfür steigen sukzessive bis auf 150 Millionen € im Jahr 2012.

Ein wichtiger Punkt ist für uns auch die innere Sicherheit. Wir haben da seit 2007 einen vorgezogenen Einstellungskorridor mit je 800 Polizeianwärtern zusätzlich.

Wir sind uns bewusst, dass wir ab 2012 auch für die Finanzverwaltung etwas Vergleichbares benötigen, weil dort dann in starkem Umfang Zurruhesetzungen anstehen und wir rechtzeitig neues Personal für die Finanzverwaltung ausbilden müssen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Weil die Beförderungssituation in der Finanzverwaltung und einigen anderen Bereichen nicht befriedigend ist, brauchen wir im Zuge der Dienstrechtsreform strukturelle Maßnahmen mit Beförderungsmöglichkeiten und Leistungsanreizen für alle Bereiche, in denen Nachholbedarf besteht.

Wir haben auch in schwieriger Zeit den Pensionsfonds weitergeführt. Er wird wie vorgesehen jedes Jahr mit 6 000 € je neu eingestelltem Beamten weiter gefüttert.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das sind nur 50 % der Kosten! Das sind nur 50 %!)

– Aber es ist etwas drin. Es gibt viele Länder, die hierfür gar nichts eingestellt haben.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: In Rheinland-Pfalz sind es 100 %! – Abg. Ingo Rust SPD: Es gibt Länder, die das schon seit 1996 machen! – Gegenruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

Immerhin beträgt der Stand der Pensionsrückstellungen mit der Einmalzahlung inzwischen bereits über 600 Millionen €. Das ist eine wichtige Sache. Spätere Generationen werden einmal sehr froh darüber sein, dass wir dies angefangen und auch in schwieriger Zeit weitergeführt haben.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Auch die Rücklage für Stuttgart 21 wird bedarfsgerecht aufgefüllt. Rücklagen sind überhaupt ein wichtiger Teil dieses Haushalts. Die SPD wollte uns diese miesmachen. Herr Rust hat es vorhin schon wieder probiert.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Oje! – Zuruf des Abg. Ingo Rust SPD)

- Nein, wir sorgen in guten - oder in besseren - Zeiten für die schlechteren vor, wie es uns schon die Bibel empfohlen hat.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Ojemine!)

Wir machen keine Hauruckpolitik, wie es andere meinen, uns empfehlen zu müssen.

Eine kleine Anmerkung zu den Anträgen der Opposition, wobei ich an gleicher Stelle fündig geworden bin wie der Kollege Herrmann: Es ist einfach zu schön – das muss man wirklich noch einmal sagen –, was sich die SPD hier geleistet hat. Sie wollen nach außen zeigen: "Wir wollen Studiengebühren

abschaffen", weil das in Ihrem Programm steht. Dann haben Sie gerechnet und festgestellt, dass es mit der Gegenfinanzierung nicht so richtig funktioniert.

Für findige Menschen ist das kein Problem. Aber, Herr Kollege Dr. Schmid und Herr Kollege Schmiedel, Sie sollten den Studenten schon sagen, dass ein Wegfall der Studiengebühren nach dem SPD-Modell frühestens im November 2011 käme.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Wann kommt er denn bei Ihnen? – Gegenruf des Abg. Hagen Kluck FDP/ DVP)

Wir stehen zu den Studiengebühren. Aber Sie machen den Studenten und ihren Eltern etwas vor und finanzieren es nicht einmal. Das ist die Schlamperei.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Wo Sie ab 2012 – wie von mir am letzten Freitag schon ausführlich geschildert – die weitaus schwierigere Finanzierung für diese Klientelpolitik herholen, steht in den Sternen. Gleiches gilt für das Thema Kindergartengebühren, bei dem Sie ähnlich verfahren wollen.

Einen ähnlichen Gag leisten sich die Grünen: Sie haben seit Jahren als Wunscherfüllungsgoldesel zur Gegenfinanzierung jeglicher Wünsche die Streichung von Stuttgart 21. Diesmal war der Bedarf aber wohl etwas größer. Folglich wurde die gesamte Neubaustrecke Wendlingen-Ulm in Ihrem Antrag gleich mit wegrasiert,

(Abg. Hagen Kluck und Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP: Hört, hört!)

obwohl diese Strecke Ihrem früheren Kollegen Palmer

(Zuruf des Abg. Jörg Döpper CDU)

doch immer besonders wichtig war; das hat er an dieser Stelle wer weiß wie oft gesagt. Sind Sie bei diesen Thema nicht mehr mit ihm in Verbindung?

Eine weitere Frage muss man sich durchaus stellen: Was haben die Grünen denn eigentlich mit dem Stuttgarter Bahnhof und der Trasse nach Ulm vor? Dass da Handlungsbedarf besteht, ist doch eigentlich Konsens.

Also muss doch jemand, der die eine Lösung wegstreicht, wenigstens für eine andere sorgen. Ich habe aber in den Haushaltsanträgen der Fraktion GRÜNE weder Geld für die Sanierung des Kopfbahnhofs und des Gleisvorfelds gefunden, noch eine erste Planungsrate für die von Ihnen so wärmstens empfohlene Neckartaltrasse.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: So ist es! Die Grünen sind nicht zukunftsfähig! – Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

So viel zur Glaubwürdigkeit und Nachhaltigkeit grüner Finanzplanungen.

Fazit, Herr Schlachter: Die Grünen stehen zum einen nicht zur Eisenbahn und wohl schon gar nicht zu Stuttgart. Diese Anträge sind das Papier nicht wert, auf dem sie gedruckt sind.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: So ist es!)

(Heiderose Berroth)

Am besten ist es, Sie recyceln sie gleich mit einem Papierschredder, damit sich nicht spätere Grüne – falls es sie dann noch gibt – dafür auch noch schämen müssen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Jawohl! – Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Dass Sie zusätzlich auch noch versuchen, den Neid auf Beamte zu schüren, auf deren ordentliche Arbeit gerade wir im Landtag besonders angewiesen sind, sollte eigentlich unter der Würde eines Abgeordneten sein.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Jawohl!)

Nun aber zu dem, was uns noch wichtig ist: Sparrunden werden bald angedacht werden müssen. Aber ich sage Ihnen eines: Wenn ich Ihnen hier jetzt Gedanken, die ich durchaus im Kopf habe, unterbreite, dann werden Sie sie schneller zerredet haben, als wir zur Umsetzung kommen.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Deswegen kommen wir damit mit Maß und Ziel und zur richtigen Zeit. Denn wenn ich jetzt etwas sage, würde sich das auch schon wieder auf die Konjunktur auswirken. Wir müssen abwarten, wie sich die Konjunktur und wie sich z. B. die Steuereinnahmen entwickeln, und müssen dann die richtigen Maßnahmen ergreifen, damit sie nicht schon im Vorfeld zerredet werden, sondern wirklich greifen können.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Die Ministerien haben übrigens auch in diesem Haushalt bereits 1,2 Milliarden € an konkreten Ressortkürzungen erbracht. Das wird oft aus dem Auge verloren. Aber da ist viel passiert, auch bei der Aufstellung dieses Haushalts.

Stelleneinsparprogramme werden weitergeführt. Sie laufen Stück für Stück aus. Auch da wird man sehen müssen: Was ist für die Zukunft richtig?

Angesagt sind jetzt in der Tat Aufgabenkritik und die Überprüfung der Aufgabenstruktur. Eines ist ganz klar: Nach dem Haushalt ist heute und hier vor dem Haushalt.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Wir können nicht zwei Jahre warten, sondern wir müssen sukzessive an dem arbeiten, was notwendig ist.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Allerdings ist Baden-Württemberg dabei in einer im Vergleich zu anderen Ländern durchaus komfortablen Lage. Wir werden die Probleme noch aus eigener Kraft lösen können.

Herr Kollege Schlachter, eine Anmerkung noch zu Ihrem Beitrag zur LBBW. Meine Fraktion und ich sind außerordentlich froh darüber, dass Neelie Kroes die Auflagen so gemacht hat, wie sie sie gemacht hat. Denn sie sorgen für einen reellen und ordentlichen Wettbewerb unter den Kreditinstituten. Deswegen ist es gut, dass es so gelaufen ist, wie es gelaufen ist.

Dass die L-Bank ein separates Institut ist, ist übrigens ein Verdienst der FDP/DVP.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: So ist es!)

Das können Sie nicht wissen; Sie waren damals noch nicht dabei. Aber ich habe damals zu denjenigen gehört, die maßgeblich dafür gesorgt haben, dass wir die L-Bank als separates Institut haben. Heute sind wir alle froh darüber. Früher wollten etliche das nicht.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Die Frage ist, wie es weitergeht. Die mittelfristige Finanzplanung zeigt, u. a. auch mit einem genauen Tilgungsplan, wie wir in absehbarer Zeit wieder ohne Neuverschuldung auskommen können. Sie macht aber auch die Dimension deutlich, wie schwierig der Weg zu einer durchgreifenden Konsolidierung wird. Dazu brauchen wir in den Jahren 2012 und 2013 jährlich mindestens 2,5 Milliarden € an zusätzlichen Ressortkürzungen, selbst wenn wir, wie in der mittelfristigen Finanzplanung vorgesehen, sogar noch einmal eine – allerdings niedrigere – Neuverschuldung in Kauf nehmen.

Die Tilgung der Nettokreditaufnahme aus diesem Jahr muss in den Jahren 2014 bis 2017 erfolgen, die Tilgung der 2011 neu aufgenommenen Schulden spätestens 2015 bis 2018. Wenn wir 2012 und 2013 noch einmal zusätzliche Schulden aufnehmen, ist auch für die Rückführung dieser Schulden ein ganz konkreter zusätzlicher Tilgungsplan aufzustellen und einzuhalten. Denn die von uns selbst geforderten und eingeführten Regelungen des § 18 Abs. 4 der Landeshaushaltsordnung zur Rückführung von in besonderen Fällen ausnahmsweise möglichen Krediten – in einer solchen Zeit sind wir gerade – innerhalb von längstens sieben Jahren wollen und werden wir nicht ändern. Vielmehr werden wir auf deren strikte Einhaltung achten.

Herr Kollege Herrmann, ich werde mich jetzt mit Sicherheit nicht auf die Steuersenkungsdebatte einlassen, die Sie begonnen haben.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Jawohl!)

Ich bin der Meinung: Wir sollten abwarten, was die Steuerschätzung im Mai ergibt, und dann in erneute Gespräche eintreten, die Hand und Fuß haben. Dann beschließen wir miteinander, was weiter passiert.

Nun liegen uns noch zwei Anträge vor, die sich auf den Ankauf der bereits angesprochenen CD bzw. den Umgang damit beziehen. Herr Kollege Schlachter, Sie haben hier an diesem Pult gesagt: "... nach erfolgter rechtlicher Prüfung". Davon finde ich in Ihrem Antrag allerdings nichts. Da steht nur: "... unverzüglich zu erwerben".

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Stächele hat doch schon geprüft! – Abg. Reinhold Gall SPD: Es gibt auch Dinge, die klar sind! Die muss man nicht immer wieder schreiben!)

- Nein, die sind eben nicht klar.

(Zuruf des Abg. Franz Untersteller GRÜNE)

(Heiderose Berroth)

Wir haben in unserem Antrag deutlich dargestellt, was wir alles für prüfenswert und für notwendig halten.

(Zuruf des Abg. Eugen Schlachter GRÜNE)

Deswegen werden wir Ihrem Antrag mitnichten zustimmen. Vielmehr erwarten wir, dass die Landesregierung das unternimmt, was in unserem Antrag steht.

(Zuruf des Abg. Franz Untersteller GRÜNE – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Frau Abg. Berroth, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Walter?

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Nein, danke, im Moment nicht. Ich glaube, das, was ich gesagt habe, spricht für sich.

(Abg. Reinhold Gall SPD: In der Tat!)

Darüber braucht man nicht mehr zu diskutieren.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Das, was ich gesagt hätte, hätte auch für sich gesprochen! – Zuruf des Abg. Franz Untersteller GRÜNE)

Ja.

Ich will zur Haushaltsdebatte zusammenfassend sagen: Die kommenden Haushalte werden den Landtag und vor allem die Regierungsfraktionen noch eine lange Zeit vor große Herausforderungen stellen. Packen wir dies mutig an. Wir sind es den Steuerzahlern

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

und der jüngeren wie der älteren Generation gleichermaßen schuldig.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Ursula Haußmann SPD: Oje! – Gegenruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: So ist es, Frau Haußmann! Sie wollen die Wahrheit nicht hören!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Ich erteile Herrn Finanzminister Stächele für die Landesregierung das Wort.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD – Gegenruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Finanzminister Willi Stächele: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir stehen am Ende einer umfangreichen Haushaltsberatung.

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: So ist es!)

Ich glaube, alle haben gespürt, welch hohe Verantwortung in diesem Jahr bei diesem Doppelhaushalt auf uns gelastet hat und weiterhin auf uns lasten wird.

Es ist schon mehrfach beschrieben worden, auch im Zuge der Haushaltsberatungen: Es ist noch nie da gewesen, dass die Wirtschaftsleistung um 8 % einbricht. Es ist nie da gewesen, dass wir über drei Jahre hinweg Steuermindereinnahmen in Höhe von ungefähr 5,6 Milliarden € verarbeiten mussten. All

dies stellt eine Situation dar, die uns dieses Mal in besonderer Weise herausgefordert hat. Jeder wusste: Bei der Haushaltskonsolidierung in den Jahren 2008 und 2009 sind gute Schritte erfolgt – Nullneuverschuldung. Jetzt stellt sich die Frage: Wie kann man das wichtige Anliegen der Konsolidierung öffentlicher Haushalte einerseits mit der gleichzeitigen Verpflichtung für Konjunktur und Arbeitsmarkt andererseits in Übereinstimmung bringen und das Beste geben?

Meine Damen und Herren, das war von Anfang an schier die Quadratur des Kreises, um die es ging.

Ich bin für die offene und ehrliche Aussage dankbar, die Sie, Herr Schlachter, gemacht haben. Auch einer Oppositionsfraktion wäre es in dieser Situation nicht gelungen, einen Haushalt ohne neue Schulden zu fahren,

(Abg. Ingo Rust SPD: Ja! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Da sind wir uns einig!)

es sei denn, man hätte auf Arbeitsplatzsicherungsmaßnahmen komplett verzichtet. Das wollten wir alle nicht.

Deswegen geht mein erster Blick auf das, was herausgekommen ist, auf die Kreditfinanzierungsquote. Wir haben in diesem Doppelhaushalt eine Kreditfinanzierungsquote, die im Jahr 2010 auf 7,6 % ansteigt. Das kann man für sich stehend nicht abschließend bewerten. Deswegen nenne ich dazu Vergleiche: In den Jahren 2003 und 2004 hatten wir die vierthöchste Kreditfinanzierungsquote, als es – wie wir alle wissen – nach wie vor einen Zuwachs an Wirtschaftsleistung gegeben hat. Trotzdem gab es eine Kreditfinanzierungsquote von 6,6 % und 6,5 %. Das heißt, es gab schon andere Jahre, die zwar nicht dieses Maß an Einbruch gezeigt haben, in denen man aber mit Krediten finanzieren musste.

Es gibt das Jahr 1975, das immer wieder erwähnt wird, weil damals – selbst bei einem geringen Einbruch der Wirtschaftsleistung um 1,3 % – eine Kreditfinanzierungsquote von etwa 11 % angestanden hat.

Kurzum: Das war keine Entschuldigung, aber das, was wir vorgelegt haben, ist angesichts des hohen Auftrags, den Arbeitsmarkt zu sichern, sicherlich gelungen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Jawohl!)

Es lohnt sich, einmal die EU-Kriterien heranzuziehen. Wenn man grob berechnet von 3 % des nominalen Bruttoinlandsprodukts ausgeht und es dann herunterzont – es ist nicht ganz einfach, das auf die Länder herunterzubrechen –, hätte das Land Baden-Württemberg nach diesen Stabilitätskriterien eine Kreditmöglichkeit von etwa 3 Milliarden € pro Jahr. Wir haben überhaupt nicht den Ehrgeiz, dies zu erreichen. Es ist immer wichtig, dass man sagen kann – geht hin ihr Länder, tut desgleichen; geh hin auch Bund, bemühe dich, wieder dahin zurückzukommen –: Mit unserem Doppelhaushalt sind wir in diesem strengen Stabilitätskorsett der EU verblieben.

Aber meine Damen und Herren, es ist natürlich klar, dass man immer wieder fragt: Wie kann man einen solchen Haushalt erfolgreich angehen?

(Zurufe von der SPD: Ja!)

(Minister Willi Stächele)

Ganz ehrlich muss ein jeder bekennen: Unser Bekenntnis zur Schule, zur Hochschule, aber auch zur inneren Sicherheit, das wir dann mit neuen Personalstellen umgesetzt haben, kostet seinen Preis.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Aber nicht im Bereich der inneren Sicherheit! Da bauen Sie doch ab! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Unterricht fällt reihenweise aus!)

Wenn Sie den Einbruch der Steuereinnahmen sehen, muss man gleichzeitig wissen, dass im Zuge der Jahre 2008 bis 2011 insgesamt 1,7 Milliarden € an Zusatzausgaben hinzugekommen sind.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: So ist es!)

u. a. auch deswegen, weil wir neue Stellen geschaffen haben: Allein 2010/2011 sind es 500 zusätzliche Ausbildungsplätze bei der Polizei, 596 bei den Hochschulen und – es ist ganz wichtig, immer wieder darüber zu reden – nahezu 2 100 neue Stellen im Schulbereich.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Ihr baut doch Stellen ab!)

Das heißt, dass es allüberall eine Schieflage gibt. Jeder muss aber wissen, warum sie entstanden ist: durch das Bekenntnis zu Schule, Forschung und innerer Sicherheit einerseits und andererseits – das war der Schlag, der uns brutal getroffen hat – durch einen Wirtschaftseinbruch, der in Milliardenhöhe Steuermindereinnahmen bescherte.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich will an dieser Stelle natürlich einmal auf das eingehen, was Kollege Schlachter vorgebracht hat.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Kurzintervention!)

Herr Kollege Schlachter, man muss einmal die Kirche im Dorf lassen, was die Personalausgaben anbelangt. Sie haben natürlich völlig recht: Ein zentraler Ausgabenblock sind die Personalausgaben, die konkreten monatlichen Zahlungen genauso wie die Versorgungsaufwendungen. Aber ich glaube, man muss auch für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einmal sagen: Sie haben sich über all die Jahre hinweg in der Tat bescheiden müssen. Wenn man weiß und sich daran erinnert, dass es im Jahr 2008 eine Erhöhung um gerade einmal 1,5 % gab und zuvor immer nur Einmalzahlungen, und wenn man berücksichtigt, dass wir Ende 2008 einen Abschluss von 3,0 % umgesetzt haben, kann man nicht sagen, dass hier Üppigkeit an den Tag gelegt wurde. Das war vielmehr eine Bezahlung, die wir unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern schuldig sind, um gerecht zu sein und dem gerecht zu werden, was sie an Dienstleistung, an Arbeitsleistung erbringen. Wir müssen mit unserem Personal auch auf dem Arbeitsmarkt wettbewerbsfähig sein.

Ich will noch kurz auf ein Drittes eingehen. Die Frage, die man sich stellt – die Arbeit der neuen Enquetekommission geht in diese Richtung –, lautet: Was kann man in einem solchen Landeshaushalt ganz konkret bewerkstelligen – in diesem Fall wäre es kurzfristig notwendig gewesen –, was kann man verändern? Es ist ein Stück weit erschreckend, wenn man ansehen muss, dass in diesem Landeshaushalt tatsächlich

schon zwei Drittel der Ausgaben zumindest kurzfristig nicht oder nur sehr bedingt beeinflussbar sind. Das sind Personal-ausgaben, Ausgaben aufgrund von Bundesgesetzen, durchlaufende Mittel und natürlich Zinsausgaben. Zwei Drittel sind schon einmal ein ganz schwerfälliger Tanker, der nur über lange Jahre hinweg in seinem Kurs beeinflusst werden kann.

Wenn Sie diese zwangsläufigen Positionen abziehen, kommen Sie auf rund 14 Milliarden €; aber dann sind Sie natürlich sofort bei unseren Solidarpakten, die wir wollen und die uns auch Stabilität vermittelt haben. Wenn Sie also die Solidarpakte mit Kirchen, Sport, Jugend, Hochschule abziehen, dann sind Sie am Schluss bei einer Bewegungsmasse von um die 4 bis 5 Milliarden €.

Jetzt ist es interessant, zu schauen, was in diesen 4 bis 5 Milliarden € alles steckt. Dann bekommt man eine Vorstellung davon, was in den nächsten Jahren auf uns zukommt. Darin sind nämlich genau die Dinge, die "freiwillige Landesleistungen" sind. Wenn darin dann die Privatschulförderung steht, kann man sich vorstellen, was das innerhalb des letzten beweglichen Pakets bedeutet,

(Zuruf des Abg. Norbert Zeller SPD)

oder was es bedeutet, wenn darin steht: Landeserziehungsgeld, Kleinkindbetreuung, Energiebewirtschaftungskosten, Mieten und Pachten. Das heißt, man muss sich einfach einmal vor Augen führen, was für Sprengsätze auch für die Zukunft in einem solchen Haushalt enthalten sind und welch minimaler Spielraum kurzfristig besteht. Das ist schon die Antwort darauf, warum wir in diesem Fall für den Doppelhaushalt 2 respektive 2,5 Milliarden € neue Schulden brauchen.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Zeller?

Finanzminister Willi Stächele: Gern.

Abg. Norbert Zeller SPD: Herr Minister, habe ich Sie gerade richtig verstanden, dass Sie die Privatschulförderung als Freiwilligkeitsleistung des Landes betrachten?

Finanzminister Willi Stächele: Nein.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD)

Herr Zeller, es geht um Folgendes: Man muss nach dem sortieren, was mittel- und längerfristig unabdingbar ist, dem, was vielleicht kurzfristiger möglich wäre, und den Bereichen – an die natürlich keiner denkt –, in denen Sie sofortige Haushaltsentscheidungen treffen können. Ich habe Ihnen dieses Beispiel genannt, weil wir dort alle miteinander übereinstimmend sagen: Da ist es überhaupt nicht möglich, Abstriche zu machen. Ich meine das nicht als Freiwilligkeitsleistung, sondern ich will zum Ausdruck bringen, dass im Grunde nur dieser bescheidene Rest dieses Pakets in diesem Haushalt überhaupt verfügbar ist. Damit sind wir uns im Klaren darüber, dass das, was Kollege Rust angesprochen hat, gegeben ist, dass nämlich die Aufgabe, eine langfristige Konsolidierung vorzunehmen, außerordentlich schwierig ist. Es ist anhand dessen, was in diesen Paketen enthalten ist, kaum vorstellbar.

(Minister Willi Stächele)

Herr Zeller, ich gehe davon aus, dass Sie es jetzt kapiert haben, so, wie ich es aufgeschlüsselt habe.

(Lachen bei der SPD – Abg. Norbert Zeller SPD: Ja!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Minister, gestatten Sie noch eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Knapp?

Finanzminister Willi Stächele: Nein. Die Zeit schreitet voran, und jetzt möchte ich noch einige Sätze zu dem sagen, was meine Vorredner gesagt haben. Die haben das, finde ich, einfach verdient.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Manche!)

Kollege Rust, die Frage, wann der Haushalt eingebracht werden muss und richtigerweise eingebracht wird, ist ja das alte Lied.

(Abg. Ingo Rust SPD: Das steht in der Landeshaushaltsordnung!)

Wir kennen das: Das ist eine Sollbestimmung,

(Abg. Ingo Rust SPD: Aber "soll" heißt, Sie brauchen Gründe, wenn nicht!)

und Sie haben selbst gesagt: In zwei Dritteln der Fälle haben wir diesen Zeitverzug akzeptiert.

(Abg. Ingo Rust SPD: Aber "soll" heißt, Sie brauchen Gründe, wenn nicht!)

 - Ja. Aber wenn es ein Jahr gab, in dem die Gründe wirklich offenkundig so deutlich auf dem Tisch lagen, dann war es das Jahr 2009.

(Abg. Ingo Rust SPD: Aber Sie haben doch das, was Sie als Grund angeführt haben, gar nicht gemacht!)

Wir haben die Ergebnisse der Umsetzung des Maßnahmengesetzes des Bundes in die parlamentarische Beratung eingebracht und damit dessen Berücksichtigung ermöglicht. Das war das Entscheidende. Man kann auch sagen: Es war für alle, die sich an der parlamentarischen Beratung des Haushalts beteiligt haben, heilsam, zu wissen, was die Steuerschätzung vom letzten November gebracht hat. Möglicherweise wären die ins Kraut schießenden Anträge der Opposition sonst zum Teil noch umfangreicher geworden.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Blödsinn! – Zuruf des Abg. Eugen Schlachter GRÜNE)

Insofern war es ganz vernünftig, mit der Steuerschätzung eine Grundlage für eine realistische Beratung zu schaffen.

(Unruhe)

Herr Rust, ich will gleich noch einmal auf das Thema Schulden eingehen. Ich habe die Sparvorschläge der SPD noch einmal bei Licht besehen. Mein Appell, Sparvorschläge zu unterbreiten, ist ja gehört worden; aber bei dem, was da gekommen ist, kann ich sagen: Das, was ich von der SPD vernommen habe, war eher ein dröhnendes Schweigen.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Jawohl!)

Sie haben vorhin von nachhaltiger Finanzpolitik gesprochen. Sie wollen doch nicht allen Ernstes einen Darlehensverkauf vornehmen. Das ist in der Vergangenheit schon einmal gemacht worden. Wir alle wissen: Das ist gutes Geld, das ich damit weggebe. Wenn jemand von nachhaltiger Finanzpolitik spricht, dann ist es geradezu eine Frechheit gegenüber der nachfolgenden Generation, Darlehen, die in der Zukunft fällig werden und dann zur Finanzierung eingesetzt werden können, sozusagen zu verscherbeln und der nachfolgenden Generation für die Zukunft noch mehr Schulden aufzulasten.

(Beifall bei der CDU – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Das sind sie, die Schuldentreiber der SPD!)

Insofern ist das wohl nicht ganz so ernst gemeint.

Jetzt komme ich – Kollege Schlachter und Kollege Rust haben es angesprochen – zu der Sache mit dem Antrag, der heute von der Fraktion GRÜNE eingegangen ist, und vor allem zu dem Antrag, der am Freitag zur Debatte stand.

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Der Beschluss wurde am Freitag gefasst!)

Wenn Sie jetzt sagen, wir hätten den Antrag sofort ändern können, hätte der Finanzminister auf ein laufendes Prüfverfahren hingewiesen, dann ist das ein Treppenwitz der Geschichte. Es ist schon drei Tage her.

Schauen Sie sich doch einmal Ihren Antrag vom Freitag an. Was stand denn da drin? Es ist im Grunde genommen unmöglich, ja geradezu absurd, einen Generalauftrag an die Landesregierung zu geben, wann immer etwas zu kaufen wäre, es zu kaufen.

(Abg. Walter Heiler SPD: Wo steht das? Auch das hätten Sie im Licht lesen müssen! – Weitere Zurufe von der SPD)

Meine Damen und Herren, das entspricht eben nicht dem Rechtsstaat. Gerade in Steuerverfahren ist es geboten, ein sauberes rechtsstaatliches Verfahren durchzuführen und zu Ende zu bringen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Deswegen konnte man über den Antrag nicht nur den Kopf schütteln. Man hat erstaunt zur Kenntnis genommen, wie sich das Verfahren gestaltet hat. Wir müssen sagen: Es ist absolut unmöglich, einen Antrag dieser Art in dieser Weise hier einzubringen und zu verabschieden.

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Warum haben Sie ihn dann nicht abgelehnt?)

Wir hätten den Antrag sofort ändern können.

Ich will vor allem einem entgegentreten, was hier mehrfach behauptet wurde und so nicht stimmt.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Nehmen Sie einfach zur Kenntnis, dass der Antrag eine Mehrheit gefunden hat! Den haben Sie umzusetzen! – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Minister, gestatten Sie eine Kurzintervention des Herrn Abg. Knapp?

Finanzminister Willi Stächele: Zunächst einmal wird Herr Knapp den Ausführungen noch ein wenig lauschen müssen.

(Abg. Thomas Knapp SPD: Aber nachher! Gut!)

Immer wieder wurde behauptet, der Finanzminister hätte gesagt, das aktuelle, das konkrete Verfahren, das jetzt öffentlich angesprochen und auch bekannt wurde, sei abgeschlossen. Genau das hat er aber nicht gesagt.

(Abg. Stephan Braun SPD: Wer hat das behauptet?)

Vielmehr war es so: Nachdem dieses interne Steuerprüfverfahren am Freitagnachmittag den Gang zur Presse gefunden hatte – nicht zur Landespresse, sondern es kam ein Auskunftsersuchen von der Presse außerhalb des Landes –,

(Zuruf von der SPD: Holland!)

hat der Landesfinanzminister gesagt: Grundsätzlich – da kennen Sie meine Auffassung – teile ich das, was am Vortag von der Bundesregierung in Richtung Düsseldorf beschieden wurde. Wenn rechtsstaatlich alles einwandfrei ist, wenn man garantieren kann, dass es keine Strafbarkeit für handelnde Personen unserer Verwaltung gibt, wenn gleichzeitig der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz beachtet ist, wenn die Gleichmäßigkeit der Besteuerung beachtet wird, wenn also all dies am Einzelfall sauber geprüft ist, dann kann ich mir vorstellen – das habe ich als meine persönliche Meinung gesagt –, einen Ankauf vorzunehmen.

Aber genau weil ich in dieser Reihenfolge vorgegangen bin,

(Zuruf des Abg. Norbert Zeller SPD)

müssen Sie erkennen, dass Sie ohne eine schlüssige, saubere Einzelfallprüfung in dieser Frage sofort jenseits des Rechtsstaats stehen.

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Das ist doch selbstverständlich! – Abg. Reinhold Gall SPD: Das geht doch gerade so weiter! – Weitere Zurufe von der SPD – Gegenruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Hören Sie doch zu! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

– Diese Aufregung ist verständlich, vor allem, wenn man so glatt danebenlag wie Sie am letzten Freitag.

(Lachen bei der SPD – Beifall des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP – Oh-Rufe von der SPD – Abg. Reinhold Gall SPD: Jetzt wird es aber peinlich! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Sind wir denn auf der Prunksitzung?)

Jetzt hören Sie doch einmal zu. Dieses Verfahren hat deswegen seinen Abschluss noch nicht gefunden, weil – sauber abgesprochen zwischen Bund und Ländern – das Verfahren zum Zeitpunkt des Abschlusses im Land dann den Weg zum Bundesfinanzministerium findet. Genau darum ist es gegangen.

(Abg. Wolfgang Stehmer SPD: Ein Jahr lang!)

Die Entscheidung des Landesfinanzministers war am Freitag. Jetzt ab nach Berlin,

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Warum haben Sie das nicht gesagt?)

um dort auch im Lichte dessen, was in Richtung Düsseldorf entschieden wurde, auf diesen konkreten Fall hin, eine gründliche Prüfung, eine Bewertung und einen Rücklauf zum Land anzuwenden. Das war der Punkt. Das Verfahren war und ist nicht abgeschlossen. Im Moment liegt es beim Bund, eine Absprache zwischen Bund und Ländern zu treffen.

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Umso wichtiger ist die politische Rückendeckung aus dem Landtag!)

Das ist ganz verständlich, wenn man weiß, dass wir in der Steuerpolitik eine Bundesauftragsverwaltung ausüben. Es gibt in Einzelfällen sogar die Möglichkeit des Weisungsrechts. Sie können sich vorstellen, dass diese Dinge nur im Einvernehmen mit dem Bund und den anderen Ländern geschehen können – ungeachtet dessen, dass die Finanzverwaltungen der Länder im Anschluss daran, wenn dieser umfangreiche Prüfungsvorgang beendet ist, dann auch entscheiden können.

Meine Damen und Herren, kurzum: Ich bitte doch alle, die sich hier zu Wort melden, einfach der Besonderheit von Steuerprüfverfahren gerecht zu werden. Da gibt es auch etwas, das Datenschutz heißt.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP – Zurufe von der SPD)

Der wird sehr hochgehalten. Darüber wird immer viel geredet. All dem müssen wir gerecht werden, um dann nach gründlicher Abwägung, gründlicher Prüfung zu überlegen, ob im Einzelfall ein Ankauf von Daten notwendig wird.

(Beifall der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Für uns ist sicher wichtig, was am vergangenen Donnerstag in einem Brief an den Düsseldorfer Kollegen geschrieben wurde. Ich meine die Feststellung des Bundes in diesem Einzelfall, aufgrund der wir nun all das, was jetzt rechtlich aneinandergereiht ist, unter einen konkreten Einzelfall, der uns vorliegt, subsumieren können. Aber es muss mit dem Bund abgestimmt werden. Diese Abstimmung wird derzeit vorgenommen. Danach werden Sie sehen, dass die Finanzverwaltung des Landes Baden-Württemberg – sie ist die Exekutivverwaltung und dafür zuständig – auch einen entsprechenden richtigen Abschluss finden wird.

In diesem Sinn danke ich ganz herzlich allen, die an der Haushaltsberatung beteiligt waren.

In einem stimme ich Ihnen voll und ganz zu, Herr Rust: Das ist mit dem Beschluss heute nicht erledigt. Im Gegenteil: Wer jetzt konjunkturbedingt und bedingt durch die Notwendigkeit der Sicherung von Arbeitsplätzen dieser Verschuldung zustimmen muss, der wird heute in die Pflicht genommen für die Kehrtwende, die nach einem entsprechenden Konjunkturverlauf durchgeführt werden muss.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen, unter den Gästen auf der Zuhörertribüne gilt mein besonderer Gruß Frau Barbara Traub, Frau Susanne Jakubowski und Herrn Rabbiner Shneur Trebnik vom Vorstand der Israelitischen Religionsgemeinschaft Württembergs sowie Herrn Landesrabbiner Benjamin Soussan und dem Geschäftsführer der Israelitischen Religionsgemeinschaft Baden, Herrn Michael Dörr. Recht herzlich willkommen im Landtag von Baden-Württemberg!

(Beifall bei allen Fraktionen)

In der Aussprache erteile ich nun Herrn Abg. Dr. Schmid für die SPD-Fraktion das Wort.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Noch einmal? Schmid, Reutlingen!)

Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst zum Haushaltskonzept der SPD-Fraktion. Der von uns begehrte Verkauf von Forderungen aus Wohnungsbaudarlehen dient dazu, zusätzliche Einnahmen zu erzielen, um jetzt mehr für Altbausanierung und Wohnungsbauförderung tun zu können, weil wir in den Städten jetzt Wohnungsnot haben. Deshalb ist es wichtig, entsprechende Maßnahmen vorzuziehen.

(Beifall bei der SPD)

Wer uns von der SPD-Fraktion vorhält, wir hätten keine Einsparvorschläge,

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Falsche! – Abg. Dieter Hillebrand CDU: Wo?)

und gleichzeitig wie Sie, Herr Herrmann, einen Schutzzaun um den Agrarhaushalt errichtet, der will selbst nicht sparen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD – Zurufe der Abg. Helmut Walter Rüeck und Jörg Döpper CDU)

FDP/DVP und CDU in diesem Haus sagen, sie hätten eine großartige Verwaltungsreform durchgeführt, und wollen durch diese Reform 100 oder 150 Millionen € pro Jahr sparen.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Genau! Korrekt! Gut wiedergegeben! – Zuruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

Wer sich so äußert, muss dann auch den nächsten Schritt gehen und eine richtige Verwaltungsreform vornehmen, bei der endlich auch einmal eine Verwaltungsebene in diesem Land eingespart wird.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Reform der Regionalkreise! – Zurufe der Abg. Klaus Herrmann und Thomas Blenke CDU)

Wer, lieber Herr Herrmann und lieber Herr Stächele, den Haushalt sanieren will, der muss auch darauf achten, dass Einnahmen hereinkommen. Der muss auch darauf achten, dass bestehende Steuergesetze durchgesetzt werden. Deshalb sage ich noch einmal: Ihre Ausführungen, Herr Stächele, zu dem Ankauf von Steuerdaten sind ein großes, großes Blendwerk. Sie gehen nicht auf die entscheidende Frage ein. Sie erläutern lange, wie die Prüfungsvorgänge ablaufen

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

und dass an den Ankauf von Steuerdaten, die aus der Schweiz angeboten werden, natürlich rechtsstaatliche Maßstäbe angelegt werden müssen.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Das setzen wir voraus!)

CDU und FDP/DVP formulieren jetzt in ihrem Entschließungsantrag, dass das alles geprüft werden müsse. Das ist doch eine bare Selbstverständlichkeit.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Sie wollten einen Blankoscheck ausstellen! – Zuruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

Die entscheidende Frage, Herr Stächele, bleibt offen: Warum haben Sie am Freitag in der Debatte nicht dargelegt, dass auch Baden-Württemberg ein Ankauf von Steuerdaten angeboten wurde?

(Abg. Stephan Braun SPD: So ist es!)

Warum hat Ihr Haus ein Jahr lang geprüft und geht erst jetzt in dieser Angelegenheit in Richtung Bund, Herr Stächele?

(Zuruf des Abg. Ingo Rust SPD)

Warum haben Sie in diesem Parlament geschwiegen, als es darum ging, zwischen den Grundrechten der betroffenen Steuerzahler und dem Einnahmeinteresse des Staates abzuwägen? Sie haben null Komma null dazu gesagt. Jetzt versuchen Sie, über einen Entschließungsantrag der entscheidenden Debatte auszuweichen.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Stimmt dem Antrag doch zu!)

Wir sind uns doch einig, dass alles geprüft werden muss und dass das Ganze rechtsstaatlich ablaufen muss. Die entscheidende Frage ist aber: Herr Stächele, Herr Mappus, auf welcher Seite stehen Sie, auf der Seite der Steuerbetrüger oder auf der Seite der ehrlichen Steuerzahler?

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Auf der Seite des Rechts!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dieser Landtag hat am Freitag zu dieser politischen Grundsatzfrage – mit der Mehrheit, die die SPD dabei in diesem Haus hatte – eine klare Entscheidung getroffen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Sehr richtig! – Zurufe von der CDU)

Der Landtag hat Sie, Herr Mappus und Herr Stächele, beauftragt, diese Daten anzukaufen. Wir brauchen dieses Geld, und Steuerhinterziehung ist kein Kavaliersdelikt.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

(Dr. Nils Schmid)

Jetzt geht es darum, dass Sie nicht auf eine Verzögerungstaktik setzen, sondern diesen Beschluss des Landtags umsetzen. Deshalb fordere ich Sie, Herr Mappus und Herr Stächele, hier und heute auf: Bekennen Sie Farbe!

(Abg. Reinhold Gall SPD: Herr Goll fehlt noch!)

Sind Sie weiterhin der Patron der Steuerhinterzieher wie Herr Goll im Schweizer Fernsehen, oder sind Sie auf der Seite derjenigen –

(Pfui-Rufe von der CDU und der FDP/DVP – Beifall bei der SPD – Lebhafte Zurufe von der CDU und der FDP/DVP, u. a. Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Unglaublich! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Hey, hey, hey! Das ist eine Frechheit! Sie sind ein Denunziant! Sie sind ein ganz übler Bursche! Jetzt hört es aber auf, mein Lieber! – Gegenruf des Abg. Reinhold Gall SPD: Haben Sie mit Nein oder mit "Enthaltung" gestimmt? – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jetzt reicht es! Jetzt geht es zu weit! – Lebhafte Unruhe – Glocke des Präsidenten)

- Getroffene Hunde bellen.

Die Frage ist, ob in diesem Staat Steuerrecht und Steuergerechtigkeit für alle gleichermaßen gelten oder ob unterschiedliche Maßstäbe angelegt werden.

(Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

Das ist eine Frage des Regierungsstils und des politischen Klimas.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Sie sind gerade dabei, dieses Klima zu vergiften!)

Dabei müssen Sie sich entscheiden, auf welcher Seite Sie stehen wollen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Deutschland bzw. unsere Gesellschaft befindet sich in einer schwierigen wirtschaftlichen Lage.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das wissen wir auch! Das ist eine Binsenweisheit!)

Die Menschen werden in den nächsten Monaten und Jahren viele Zumutungen von der Politik erfahren. Wir haben Vorschläge gemacht, wie man Einsparungen im Landeshaushalt vornehmen kann.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Bei der Landwirtschaft! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Politisches Denunziantentum, was Sie betreiben! – Gegenruf der Abg. Ursula Haußmann SPD: Ach was!)

Gerade in einer solchen Krisensituation ist es besonders wichtig, dass all diejenigen, die viel haben, dazu beitragen, dass das Gemeinwesen ordentlich finanziert wird, und dass diejenigen, die reich sind, nicht das Geld in der Schweiz verstecken,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das wollen wir auch nicht!)

sondern unseren Staat unterstützen. Man kann nicht einerseits eine bessere Bildung, mehr Straßen und mehr Schienen einfordern und andererseits das Geld in der Schweiz verstecken. Das geht nicht gut.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Da gebe ich Ihnen recht!)

Wer hierzu keine klare politische Aussage trifft, der wird zu Recht viel Unmut in der Bevölkerung hervorrufen,

(Zuruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

weil die Menschen den Eindruck haben, dass manche gleicher als gleich sind und der Ehrliche der Dumme ist. Das darf aber nicht sein, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Übelste politische Hetze! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ein Denunziant!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Dr. Wetzel das Wort.

(Abg. Reinhold Pix GRÜNE: Alles Banane!)

Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir leben in einem Rechtsstaat. Steuerhinterziehung ist ein Unrecht, und Steuerhinterzieher begehen keine Kavaliersdelikte, sondern sind Straftäter und müssen selbstverständlich wie alle anderen Straftäter von unseren Strafverfolgungsbehörden mit rechtsstaatlichen Mitteln verfolgt werden.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU sowie Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

In einem Rechtsstaat haben die Bürger die Gesetze einzuhalten. Steuergerechtigkeit gilt für alle Bürger in diesem Land.

(Beifall der Abg. Dr. Birgit Arnold FDP/DVP)

Aber auch der Staat hat sich an diese Gesetze zu halten. Der Staat kann nicht einfach sagen: "Diese Gesetze sind mir momentan wurscht."

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: So ist es!)

Insbesondere, meine sehr verehrten Damen und Herren, darf der Staat nicht selbst Gesetze brechen, und er darf nicht selbst zum Straftäter werden.

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Welche bricht er denn?)

Sie aber wollen beschließen, dass die Landesregierung zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung auch illegal angebotene einschlägige Steuerdaten durch den Staat kaufen lässt, und Sie wollen, dass pauschal die Aussage getroffen wird, alles andere sei egal. Das heißt die FDP/DVP-Landtagsfraktion nicht gut. Mit diesem Vorgang wird ein Verstoß gegen das Datenschutzrecht durch die Bundesregierung legitimiert, und er (Dr. Hans-Peter Wetzel)

würde nun auch durch die Landesregierung staatlicherseits legitimiert werden.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Unglaublich! – Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Wir möchten dem Staat

(Unruhe)

– hören Sie zu! – nicht über Umwege Befugnisse einräumen, die er aufgrund der bestehenden Gesetze nicht hat.

(Beifall der Abg. Dr. Birgit Arnold FDP/DVP – Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Die hat er doch in Deutschland schon!)

Stellen Sie sich doch einmal vor, meine Damen und Herren – meines Erachtens ist es heutzutage leicht, sich das vorzustellen –: Hacker durchsuchen private Computer und bieten die dadurch gewonnenen Daten dem Staat zum Kauf an. Mit deren Kauf würde der Staat ein Verbot umgehen, das ihm das Bundesverfassungsgericht auferlegt hat. Nach dem Bundesverfassungsgericht dürfen Onlinedurchsuchungen nämlich nur unter strengen Voraussetzungen durchgeführt werden. Ein Kauf wäre ein klarer Verstoß gegen diese Feststellung des Bundesverfassungsgerichts.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sind im sensiblen Bereich des Grundrechts auf Datenschutz, und dieses ist für die Fraktion der FDP/DVP außerordentlich wichtig.

(Zuruf der Abg. Theresia Bauer GRÜNE)

Es handelt sich meines Erachtens eindeutig um Datenhehlerei – von den Verletzungen datenschutzrechtlicher Bestimmungen und dem Verrat von Geschäftsgeheimnissen gemäß dem UWG ganz zu schweigen. Herr Kollege Schmid, schauen Sie sich einmal § 17 und § 19 des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb an.

Meine Damen und Herren, Herr Kollege Schmid, es handelt sich auch nicht um Nothilfe, wie Sie teilweise über die Presse lanciert haben. Nothilfe ist die Hilfe, die "... erforderlich ist, um einen gegenwärtigen rechtswidrigen Angriff ... abzuwenden".

(Abg. Johannes Stober SPD: Es ist doch rechtswidrig, Steuern zu hinterziehen, oder?)

Das sehe ich weit und breit nicht. Es handelt sich also nicht um Nothilfe.

Auch von einer Kronzeugenregelung kann in diesem Zusammenhang nicht gesprochen werden.

Meine Damen und Herren, ich sehe, dass meine Redezeit leider zu Ende ist.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Da sind wir aber froh!)

Ich schließe mit einem Zitat eines Verfassungsschützers, der nicht in die Gefahr gerät, Rechtsbrecher zu werden. Das ist der ehemalige Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichts, Winfried Hassemer. Er hat zu dem beabsichtigten Datenkauf Folgendes gesagt: Ein Ankauf von Daten passt in die Landschaft,

- zu Ihnen, hat er wohl gemeint -

aber die Landschaft passt für mich nicht in den Rechtsstaat.

Denn dadurch – so argumentierte er – begebe sich der Staat auf dieselbe Ebene wie der Straftäter, während sich aus dem Grundgesetz das Bild eines Rechtsstaats ergebe, der nicht nur eine faktische, sondern auch eine moralische Überlegenheit hat

Dem kann ich mich vollumfänglich anschließen. Ihnen rate ich, sich diesen Worten ebenfalls anzuschließen.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Jawohl! Aber die wollen ja eine Bananenrepublik! Hugo Chávez lässt grüßen! – Gegenruf des Abg. Dr. Nils Schmid SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Landesregierung erteile ich Herrn Finanzminister Stächele das Wort.

Finanzminister Willi Stächele: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich denke, dass die Einlassung des Kollegen Schmid doch eine kurze Anmerkung erfordert.

Sie nörgeln am Zeitrahmen. Sie haben gar keine Vorstellung, was unsere Steuerverwaltung da prüfen muss. Im Grunde ist das ein Schlag ins Gesicht dieser Frauen und Männer,

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: So ist es! – Abg. Reinhold Gall SPD: Wir kritisieren die politisch Verantwortlichen, nicht die Verwaltung! Die Steuerverwaltung kritisiert überhaupt niemand!)

die sich zum Teil auf rechtlich unsicherem Terrain bewegen. Also lassen Sie die Nörgelei!

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Reinhold Gall SPD: Wir kritisieren Stächele und Goll, aber nicht die Steuerverwaltung!)

Jetzt kommen Sie scheinheilig daher und sagen: "Man muss jeden Einzelfall prüfen." Am Freitag aber wollten Sie noch alles auf einmal kaufen. Sie wollten alles aufkaufen.

(Zurufe von der SPD)

Am liebsten wäre es Ihnen wohl noch gewesen, wenn die Anbieter Vorschusszahlungen bekommen hätten. Oder wie muss ich das sehen?

(Abg. Norbert Zeller SPD: Stächele ist angezählt! – Unruhe)

Meine Damen und Herren, ich will noch eines sagen: Herr Schmid, ich hoffe, Sie nehmen den Vorwurf "Patron der Steuerhinterzieher" zurück.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das muss er zurücknehmen!)

(Minister Willi Stächele)

Ich hätte erwartet, Herr Präsident, dass Sie hier eine Rüge aussprechen. Ich lasse mir das nicht bieten.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Bravo-Rufe von der CDU und der FDP/DVP – Abg. Reinhold Gall SPD: Das ist doch lächerlich!)

Da gibt es keinen Zweifel. Herr Schmid, Sie haben keine Narrenfreiheit bei diesem Thema.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl! Bravo! – Abg. Reinhold Gall SPD: Sie aber auch nicht!)

Ich bin geneigt zu sagen: "Seit Sie Landesvorsitzender sind, sind Sie Landesmeister der Flegeleien", aber ich ziehe das wieder zurück.

Danke.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Das Wort für eine persönliche Erklärung vor der Abstimmung erhält Herr Abg. Herrmann.

(Zurufe – Gegenruf des Abg. Hagen Kluck FDP/ DVP: Weil das in der Geschäftsordnung so vorgesehen ist!)

Abg. Klaus Herrmann CDU: Herr Präsident! Ich habe ums Wort gebeten, um nach § 88 der Geschäftsordnung eine persönliche Erklärung im Namen der CDU-Fraktion abzugeben.

(Lachen bei der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD: Was ist denn das, Herr Präsident? Das ist doch lächerlich! – Abg. Reinhold Gall SPD: Die treiben es ja immer toller!)

Herr Kollege Schmid, Sie haben gesagt, wir als CDU – der Ministerpräsident und der Finanzminister – würden uns zum "Patron der Steuerhinterzieher" machen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Genau das hat er gesagt! – Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Der Herr Goll!)

Ich stelle fest: Wir wollen die mit einem Kauf verbundenen rechtlichen und tatsächlichen Fragen umfassend klären lassen. Dazu gehört auch höherrangiges Verfassungsrecht wie die Unverletzlichkeit der Wohnung. Dazu gehört auch der Datenschutz, den Sie sonst bei jeder Gelegenheit –

(Zuruf von der CDU: Genau!)

oft zu Recht – wie eine Monstranz vor sich hertragen. Wir wollen, dass die aktuellen Sachverhalte aus anderen Ländern mit einbezogen werden.

(Zuruf des Abg. Dr. Nils Schmid SPD)

Auf dieser Grundlage werden wir entscheiden.

Wenn Sie uns dann als "Patron der Steuerhinterzieher" bezeichnen, ist das nicht nur falsch und unparlamentarisch, sondern flegelhaft und unerhört.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Was ist denn das? – Abg. Stephan Braun SPD: Seit wann gibt es denn eine persönliche Erklärung für eine Fraktion? – Abg. Reinhold Gall SPD: Das ist ein Missbrauch der Geschäftsordnung, was Sie da machen! Jetzt macht ihr euch aber vollends lächerlich!)

Deshalb weisen wir diesen Ausdruck aufs Schärfste zurück und werden diesen Punkt in der nächsten Sitzung des Präsidiums thematisieren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Kollege Herrmann, ich gehe davon aus, dass Sie Ihren Beitrag für sich als persönliche Erklärung abgegeben haben.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Er hat für die Fraktion gesprochen! Missbrauch der Geschäftsordnung war das wieder!)

Dann ist das zulässig. Es geht aber nicht im Namen der CDU-Fraktion, sondern nur Sie selbst können eine persönliche Erklärung abgeben.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Ich bin ein Teil der Fraktion und somit betroffen! Sonst haben wir 68 weitere Erklärungen! Ich wollte Zeit sparen!)

So habe ich das auch gewertet. Deswegen war diese Erklärung nach dem entsprechenden Paragrafen der Geschäftsordnung auch zulässig.

Jetzt hat Herr Kollege Schmiedel noch Redezeit für die SPD-Fraktion.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Jetzt entschuldigt euch! – Abg. Dieter Hillebrand CDU: Schmiedel, entschuldigen! Zeig Größe!)

Abg. Claus Schmiedel SPD: Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! In der "Bild"-Zeitung

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das ist Ihr Hauptorgan!)

wurde Frau Homburger befragt: "Frau Homburger, sagen Sie: Was können wir tun, damit weniger Menschen aus Deutschland ihr Geld in die Schweiz bringen?"

(Abg. Winfried Scheuermann CDU: Das ist nicht verboten!)

Antwort von Frau Homburger: "Wir brauchen ein faires Steuerrecht."

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Richtig! – Zuruf von der CDU: Da sagt sie etwas Neues!)

(Claus Schmiedel)

Das ist etwa so, Herr Kluck, wie wenn man fragte: "Frau Homburger, was können wir tun, damit die Menschen weniger häufig die zulässige Höchstgeschwindigkeit überschreiten?" Antwort: "Wir brauchen faire Geschwindigkeitsbegrenzungen."

(Heiterkeit bei der SPD und den Grünen – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wer hat Ihnen denn diesen Gag geschrieben?)

Das ist eine Vorstellung, der zugrunde liegt, dass es ein Privatvermögen gäbe, das man vor dem Zugriff des Staates schützen müsste. Wenn man subjektiv das Gefühl hätte, dass der Staat zu stark zugreift, dann hätte man sozusagen ein Notwehrrecht, das Vermögen in Sicherheit zu bringen. Das liegt dem zugrunde.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Eugen Schlachter GRÜNE – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Das ist eine völlige Missinterpretation! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das ist der "Bild"-Zeitungs-Versteher!)

Jetzt kommen wir zur Rolle der Landesregierung. Der Justizminister war im Schweizer Fernsehen zu sehen und zu hören. Er hat sich im Schweizer Fernsehen feiern lassen für seine Aussage,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Da können Sie ja wieder die Kavallerie schicken!)

dass es für ihn nie und nimmer infrage komme – Rechtsstaat hin, Rechtsstaat her –, dass der Staat diese Daten aufkaufe, und er sich mit allem, was ihm zur Verfügung stehe, dagegen wehren werde. Das ist ziemlich nah daran, dass man diejenigen schützt, die ihre Steuern hinterzogen haben.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Ich muss am Ende dieser Debatte feststellen: Wir sind so wenig schlau wie vorher, was die Landesregierung eigentlich will.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das ist mir klar! Das wird auch nicht mehr besser!)

Sie bedienen alle: Gerade haben wir von der Regierungsfraktion der FDP/DVP gehört, dass ein Ankauf von Steuerdaten für sie nicht infrage komme.

(Zuruf des Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU)

Bei Herrn Goll kann das jeder, der das will, im Schweizer Fernsehen nachschauen. Herr Mappus hat am vergangenen Freitag bei der Abstimmung hier im Landtag mit Nein gestimmt, aber später erklärt, ein Kauf sei für ihn doch denkbar. Sie sagen: Ein Kauf muss geprüft werden.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Das hat doch Ihren Antrag betroffen!)

Herr Stächele sagt, das sei ganz kompliziert.

Wir wollen, dass Sie eine klare Linie verfolgen, die sich an dem orientiert, was wir gemeinsam in der Großen Koalition durchgeführt haben – natürlich nach rechtsstaatlicher Prüfung.

Aber es waren gestohlene Daten, die die von CDU und SPD getragene Bundesregierung gekauft hat.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Kavallerie schicken!)

Denn wir können es den Lohnsteuerzahlern nicht zumuten – die werden nicht gefragt, ob sie ihre Daten abliefern wollen oder nicht; die landen automatisch beim Finanzamt –, dass sich die Vermögenseinkommensbezieher vor Besteuerung schützen können, indem sie ins Ausland gehen. Niemand darf eine ruhige Nacht haben, wenn er sein Geld in der Schweiz versteckt.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Stelly. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen daher in der Dritten Beratung zur Abstim-mung.

Abstimmungsgrundlage sind die Beschlüsse des Landtags in Zweiter Beratung zu dem Entwurf des Staatshaushaltsplans 2010/11 und dem Entwurf des Staatshaushaltsgesetzes 2010/11, Drucksachen 14/5816 und 14/5817.

Wir stimmen zunächst über den

Staatshaushaltsplan 2010/11

ab. Abstimmungsgrundlage hierfür ist die Drucksache 14/5816.

Ich bitte, damit einverstanden zu sein, dass ich, wie in früheren Jahren praktiziert, in der Dritten Beratung die Einzelpläne nur noch im Ganzen aufrufe.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

Die Entschließungsanträge werde ich bei den entsprechenden Einzelplänen aufrufen.

Ich rufe auf

Einzelplan 01

Landtag

Wer dem Einzelplan 01 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist der Einzelplan 01 – Landtag – einstimmig beschlossen.

Ich rufe auf

Einzelplan 02

Staatsministerium

Wer diesem Einzelplan zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist der Einzelplan 02 mehrheitlich so beschlossen.

Ich rufe auf

Einzelplan 03

Innenministerium

(Stelly, Präsident Wolfgang Drexler)

Wer diesem Einzelplan zustimmt, der möge bitte die Hand heben. – Wer ist dagegen? –

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Die sind sogar gegen die innere Sicherheit!)

Wer enthält sich? – Damit ist der Einzelplan 03 mehrheitlich so beschlossen.

Ich rufe auf

Einzelplan 04

Ministerium für Kultus, Jugend und Sport

Wer diesem Einzelplan zustimmt, der möge bitte die Hand heben. – Wer ist dagegen? –

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Gegen Lehrer sind sie auch! – Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Wer enthält sich? – Der Einzelplan 04 ist mehrheitlich so beschlossen.

Ich rufe auf

Einzelplan 05

Justizministerium

Wer diesem Einzelplan zustimmt, der möge bitte die Hand heben. – Wer ist dagegen? –

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Jetzt sind sie gegen das Recht! – Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Wer enthält sich? – Der Einzelplan 05 – Justizministerium – ist mehrheitlich angenommen.

Ich rufe auf

Einzelplan 06

Finanzministerium

Wer diesem Einzelplan zustimmt, der möge bitte die Hand heben. – Wer ist dagegen? –

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Jetzt sind sie gegen Finanzbeamte!)

Wer enthält sich? – Damit ist dem Einzelplan 06 – Finanzministerium – mehrheitlich zugestimmt.

Wir haben noch abzustimmen über den Entschließungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/5873-1, und den Entschließungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 14/5873-2, die beide auch den Einzelplan 12 – Allgemeine Finanzverwaltung – berühren. Da der Antrag der Fraktion GRÜNE weiter gehend ist, weil er den Ankauf der Daten vorschlägt, lasse ich über diesen Antrag zuerst abstimmen.

Wer dem Entschließungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/5873-1, zustimmt, der möge bitte die Hand heben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dieser Entschließungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse nun über den Entschließungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 14/5873-2, abstimmen. Wer diesem Entschließungsantrag zustimmt, der möge bitte die Hand heben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dieser Entschließungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP so beschlossen.

Ich rufe auf

Einzelplan 07

Wirtschaftsministerium

Wer dem Einzelplan 07 zustimmt, der möge bitte die Hand heben. – Wer ist dagegen? –

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Jetzt sind sie gegen Wirtschaft! – Heiterkeit bei der CDU und der FDP/DVP)

Wer enthält sich? – Der Einzelplan 07 ist mehrheitlich so beschlossen.

Ich rufe auf

Einzelplan 08

Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum

Wer diesem Einzelplan zustimmt, der möge bitte die Hand heben. – Wer ist dagegen? –

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Jetzt sind sie sogar gegen Ernährung! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Gegen das Essen sind sie auch! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Jetzt sind sie auch noch gegen die Rindviecher! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Gegen Bauern! Gegen alles! – Vereinzelt Heiterkeit)

Wer enthält sich? – Der Einzelplan 08 ist mehrheitlich so beschlossen.

Ich rufe auf

Einzelplan 09

Ministerium für Arbeit und Soziales

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Jetzt bin ich aber gespannt!)

Wer diesem Einzelplan zustimmt, der möge bitte die Hand heben. – Wer ist dagegen? –

(Oh-Rufe von der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sozial sind sie auch nicht!)

Wer enthält sich? – Der Einzelplan 09 ist mehrheitlich so beschlossen.

(Stelly. Präsident Wolfgang Drexler)

Ich rufe auf

Einzelplan 10

Umweltministerium

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jetzt sind wir gespannt!)

Wer stimmt dem Einzelplan 10 zu? – Wer ist dagegen? –

(Oh-Rufe von der CDU und der FDP/DVP)

Wer enthält sich? – Eine Enthaltung. Damit ist der Einzelplan 10 so beschlossen.

Ich rufe auf

Einzelplan 11

Rechnungshof

Wer dem Einzelplan 11 zustimmt, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dieser Einzelplan mehrheitlich so beschlossen.

Ich rufe auf

Einzelplan 12

Allgemeine Finanzverwaltung

Wer dem Einzelplan zustimmt, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist der Einzelplan 12 mehrheitlich so beschlossen.

Ich rufe auf

Einzelplan 14

Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst

Wer diesem Einzelplan zustimmt, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dieser Einzelplan so beschlossen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über das

Staatshaushaltsgesetz 2010/11

Abstimmungsgrundlage dafür ist der Beschluss des Landtags in Zweiter Beratung, Drucksache 14/5817.

Ich rufe auf

§ 1

Wer § 1 zustimmt, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist § 1 mehrheitlich angenommen.

§ 2

Wer § 2 zustimmt, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist § 2 angenommen.

Darf ich den Vorschlag machen, dass wir über die §§ 3 bis 7 oder bis § 15 zusammen abstimmen? Nein?

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Nein! §§ 3 und 3 a!)

– Gut. Können wir die §§ 3 und 3 a zusammennehmen? Gut.

Ich rufe auf

§§ 3 und 3 a

Wer den §§ 3 und 3 a zustimmt, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit sind die §§ 3 und 3 a einstimmig angenommen worden.

§ 4

Wer stimmt § 4 zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist § 4 mehrheitlich angenommen.

§ 5

Wer stimmt § 5 zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist § 5 einstimmig so beschlossen.

§ 6

Wer stimmt § 6 zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist § 6 einstimmig so beschlossen.

§ 6 a

Wer § 6 a zustimmt, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist § 6 a einstimmig so beschlossen.

§ 7

Wer § 7 zustimmt, der möge bitte die Hand erheben. –

(Zuruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist § 7 einstimmig so beschlossen.

Können die §§ 8 bis 15 zusammengenommen werden?

(Abg. Reinhold Gall SPD: Nein! Bis § 10! – Abg. Norbert Zeller SPD: Bis § 14! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Kann man das nicht vorher absprechen?)

- Gut. Ich rufe auf

§§ 8 bis 10

Wer den §§ 8 bis 10 zustimmt, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit sind die §§ 8 bis 10 einstimmig so beschlossen.

§ 11

Wer stimmt § 11 zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist § 11 mehrheitlich so beschlossen.

§ 12

Wer stimmt § 12 zu? – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist § 12 einstimmig beschlossen.

§ 13

Wer stimmt § 13 zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist § 13 einstimmig beschlossen.

(Stelly. Präsident Wolfgang Drexler)

§ 14

Wer stimmt § 14 zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist § 14 mehrheitlich so zugestimmt.

§ 15

Wer stimmt § 15 zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist § 15 mehrheitlich so beschlossen.

Die Einleitung

lautet: "Der Landtag hat am 10. Februar 2010 das folgende Gesetz beschlossen:".

Die Überschrift

lautet: "Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2010/11 (Staatshaushaltsgesetz 2010/11 – StHG 2010/11)". – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

Schlussabstimmung

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dem Gesetz ist bei einer Enthaltung mehrheitlich zugestimmt.

Damit ist Tagesordnungspunkt 3 erledigt.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 4:

Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zu dem Vertrag des Landes Baden-Württemberg mit der Israelitischen Religionsgemeinschaft Baden und der Israelitischen Religionsgemeinschaft Württembergs – Drucksache 14/5725

In der Ersten Beratung soll keine Aussprache stattfinden. Der Gesetzentwurf soll zur weiteren Behandlung mitberatend an den Ausschuss für Schule, Jugend und Sport sowie an den Finanzausschuss und federführend an den Ständigen Ausschuss überwiesen werden. Sie sind mit diesem Überweisungsvorschlag einverstanden. – Keine Gegenstimmen, keine Enthaltungen. Somit ist die vorgeschlagene Überweisung einstimmig beschlossen, und die drei genannten Ausschüsse werden sich mit dem Gesetzentwurf der Landesregierung befassen.

Damit ist der Tagesordnungspunkt 4 beendet.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind damit am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt.

Die nächste Plenarsitzung findet am Mittwoch, 10. März 2010, um 10:00 Uhr statt. Aus aktuellem Anlass, liebe Kolleginnen und Kollegen, wird gegebenenfalls vor diesem Termin noch eine zusätzliche Plenarsitzung einberufen werden.

(Abg. Reinhold Gall und Abg. Claus Schmiedel SPD: Wann?)

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

Schluss: 16:10 Uhr